

SVP Obwalden

Obwaldner Wahl-Zeitung

Am 4. März 2018 in den Kantonsrat:

Peter Abächerli-Burch, Giswil
Marcel Durrer, Alpnach Dorf
Jost Durrer, Kerns
Remo Fanger, Kägiswil
Karl Feierabend, Engelberg
Jürg Frey, Sarnen
Patrick Helfenstein, Sachseln
Ivo Herzog, Alpnachstad
Gerold Hurschler, Engelberg
Isabella Kretz-Kiser, Kerns
Walter Kuchler, Flüeli-Ranft
Barbara Mathis, Giswil
Thomas Michel, Kerns
René Ming-Gasser, Giswil
Simon Niederberger-Lussi, Alpnach
Jessica Rast, Kägiswil
Gregor Rohrer, Flüeli-Ranft
Monika Rügger-Hurschler, Engelberg
Hubert Schumacher, Sarnen
Peter Seiler, Sarnen
Albert Sigrist, Giswil
Johann Unternährer, Kerns
Christoph von Rotz, Sarnen
Severin Wallimann, Alpnach
Hanspeter Wallimann-Hari, Sachseln
Rolf Windlin, Sarnen
Daniel Wyler, Engelberg

Grundsätze der SVP Obwalden

Wirtschafts- und Finanzpolitik

Für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft, Wohlstand und einen ausgeglichenen öffentlichen Finanzhaushalt. Für eine transparente und vorausschauende Finanzplanung.

Tourismus

Attraktive Angebote für Sport und Erholung sind ein Standortvorteil. Der Tourismus als bedeutender Arbeitgeber ist ein wichtiger Wirtschaftszweig zum Erhalt der Arbeitsplätze. Gute Rahmenbedingungen für die Gastronomie und den Tourismus sind wichtig.

Energiepolitik und Umwelt

Für gesicherte, finanzierbare und umweltschonende Energieproduk-

tion und Energiebeschaffung. Eine gesunde Umwelt erhöht die Lebensqualität jedes Einzelnen und sichert den Fortbestand wertvoller Landschaften und Lebensräume.

Bildung

Für eine praxis- und berufsbezogene Aus- und Weiterbildung unserer jungen Generation. Unsere Kinder haben das Recht auf hervorragende, zukunftsorientierte Bildung. Künftige Schulreformen sind auf ihren konkreten Nutzen und ihre Zweckmässigkeit zu prüfen. Für Bildung ist die Schule, für Erziehung und Betreuung sind das Elternhaus und private Institutionen verantwortlich.

Landwirtschaftspolitik

Im Interesse einer sicheren Versorgung der Bevölkerung mit qualitativ hochstehenden Produkten sollen unsere über 600 Bauernbetriebe im Kanton erhalten bleiben. Landschaftspflege zu Gunsten des Tourismus, der Artenvielfalt und zur Prävention von Naturgefahren sind Leistungen, welche der Markt nicht vergütet und deshalb durch Direktzahlungen abgegolten werden.

Die SVP stärkt diejenigen

Elemente, welche das selbständige landwirtschaftliche Einkommen erhöhen und kostensenkend wirken.

Naturgefahren in Obwalden

Für zweckmässige und wirtschaftlich finanzierbare Lösungen bei der Naturgefahrenabwehr.

Verkehrspolitik

Effiziente Verkehrsanbindungen an die Wirtschaftsmetropolen sichern die Standortattraktivität des Kantons. Verkehrsbehindernde Massnahmen sind abzulehnen.

Sicherheitspolitik

Für starke polizeiliche Präsenz zur Aufrechterhaltung von Sicherheit, Ruhe und Ordnung im Kanton. Bei kriminellen Handlungen, illegal eingereisten Ausländern und abgewiesenen Asylbewerbern muss konsequent gehandelt werden.

So helfen Sie der SVP Obwalden in den Kantonsrat:

Beste Lösung:

Nur die **SVP-Liste Nr. 7** unverändert einlegen.

Zweitbeste Lösung:

Auf der **SVP-Liste Nr. 7** höchstens Namen streichen.

Drittbeste Lösung:

Die leere Liste mit **SVP** oder **Nr. 7** beschriften und möglichst wenige Namen von anderen Listen aufschreiben.
So zählen die leeren Linien für die SVP.

Es darf nur eine Liste im Stimmcouvert abgegeben werden!

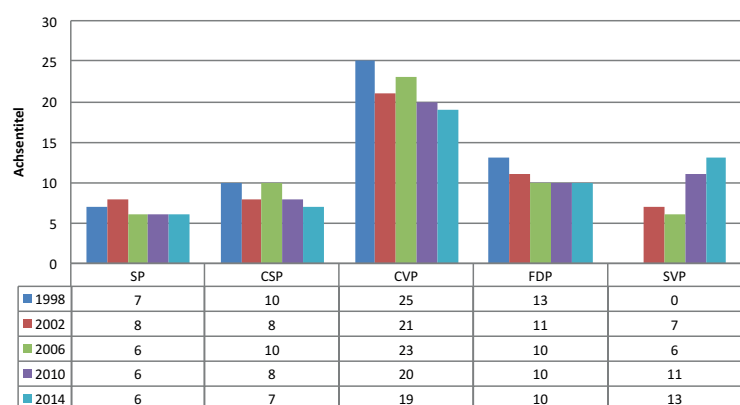
Bitte nicht vergessen, die Stimmkarte zu unterschreiben.

So helfen Sie der SVP Obwalden in den Regierungsrat:

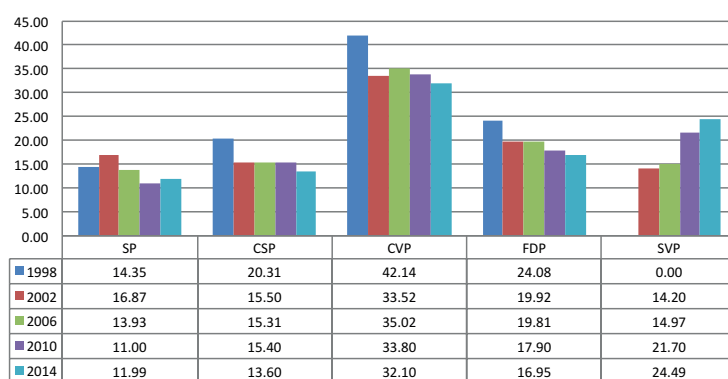
Nur Daniel Wyler auf dem Wahlzettel ankreuzen.

Helfen Sie uns – jede Stimme für die SVP zählt – Danke!

Sitze im Kantonsrat Obwalden



Wähleranteil in %



Vorwort der Präsidentin



Liebe Obwaldnerinnen
und Obwaldner

Seit 18 Jahren setzt sich die SVP für den Kanton Obwalden ein. Als zweitgrösste Partei stehen wir für eine klar rechts-bürgerliche Politik. Das heisst: Für Eigenverantwortung unter Wahrung des Allgemeinwohls mit Blick auf die heutigen und künftigen Generationen.

Wir erachten es als unsere wichtigste Aufgabe, die politischen Prozesse und das Staatswachstum konstruktiv-kritisch zu hinterfragen. Nur so – davon sind wir fest überzeugt – lassen sich die bestmöglichen Lösungen finden. Opportunisten und Ja-Sager gibt es genug.

Leider versucht das Obwaldner Mitte-Links-Parlament, bestehend aus CVP, CSP und SP, vermehrt Mehreinnahmen zu erzielen (Erhöhung Strassenverkehrssteuer), oder den Sozialstaat auf dem Buckel der Bürger auszubauen (verpflichtende Kinderbetreuung ausserhalb der Schulzeiten). Beide Vorhaben konnte die SVP zusammen mit einer Mehrheit der Stimmbevölkerung stoppen. Danke für Ihre Unterstützung! Unsere bisherigen Schwerpunkte behalten auch in der kommenden Legislatur ihre Gültigkeit:

- Dem wachsenden Staats- und Verwaltungsapparat Einhalt gebieten
- Der Bevölkerung unnötige Abgaben und Gebühren ersparen
- Unnötige Steuererhöhungen bekämpfen
- Den Bürgern so viel Eigenverantwortung und Entscheidungsfreiheit übertragen wie möglich

Wählen Sie die SVP! Wer seine Stimme der SVP gibt, wählt eine Partei, die berechenbar ist. Wir halten konsequent an unserer Linie fest. Wir scheuen es nicht, Aufgaben und Ausgaben zu hinterfragen und wir bringen zukunftsgerichtete Ideen ein. Wir setzen uns ein für einen lebenswerten, gesund finanzierten und vernünftig regierten Kanton Obwalden.

Mit Daniel Wyler empfehlen wir Ihnen zudem eine erfahrene und kompetente Persönlichkeit als Regierungsrat. Er wird nicht nur unsere Positionen in die Regierung einbringen, sondern auch dafür besorgt sein, dass parteipolitisch ausgewogene und vernünftige Lösungen Mehrheiten finden.

Vielen Dank für Ihre Stimme – und herzliche Grüsse

Monika Rüegger,
Parteipräsidentin SVP Obwalden

Wählen Sie **Liste 7** und **Daniel Wyler** in die Regierung



Inhaltsverzeichnis

Abstimmungen in Obwalden 2014–2017	Seite 4 / 5
Regierungsratskandidat Daniel Wyler	Seite 7
Das neue «Finanzloch» in Obwalden	Seite 8
Bundesasylzentrum an an geeignetem Standort	Seite 9
Bauen ausserhalb der Bauzone – auch Bewohner des ländlichen Raumes haben Rechte	Seite 10
Mehr Freiheit für KMU	Seite 11
Obwaldner Landwirtschaft – mehr als nur ein Wirtschaftszweig	Seite 12
Liebe Bundespolitiker: Wir brauchen eine sichere AHV!	Seite 13
Der Wolf wird zum Politikum: Ist es Zeit, umzudenken?	Seite 14
Obwaldner Tourismus: Im Einklang mit der Bevölkerung	Seite 15
Interview mit Daniel Wyler	Seite 16
Rückblick auf SVP-Anlässe von 2014 bis 2017	Seite 17
Wald, Forst- und Holzwirtschaft in Obwalden	Seite 18
Wenn David gegen Goliath bei den Auen Laui und Steinibach in Giswil unterliegt	Seite 19
Auswirkungen verfehlter Flüchtlingspolitik auf die Sozialausgaben	Seite 20
Energiestrategie 2050 – wie weiter?	Seite 21
Freiheit durch Selbstbestimmung	Seite 22
Freiwilligenarbeit stärkt Eigenverantwortung	Seite 22
Begrenzungs-Initiative	Seite 22
Arbeitslose ausländische Fachkräfte sind schwer vermittelbar	Seite 23
Kohäsionsmilliarde an die EU: Wofür?	Seite 23
Sozialhilfeempfänger bei Billigkassen versichern?	Seite 23

Inhaltsverzeichnis der Kandidaten

Gemeinde Sarnen	Seite 8 / 9
Gemeinde Alpnach	Seite 10 / 11
Gemeinde Kerns	Seite 12 / 13
Gemeinde Engelberg	Seite 14 / 15
Gemeinde Giswil	Seite 18 / 19
Gemeinde Sachseln	Seite 20 / 21

Abstimmungen in Obwalden 2014–2017

Wie nah waren die Obwaldner Parteien am Puls der Bevölkerung?

2017 konnte das Stimmvolk zehn Mal abstimmen. Es zeigt sich: SVP-Positionen haben eine hohe Deckungsgleichheit mit dem Obwaldner Stimmvolk. Ein Vergleich der fünf Obwaldner Parteien macht deutlich, welche Parteien volksnah und welche volksfern politisieren*.

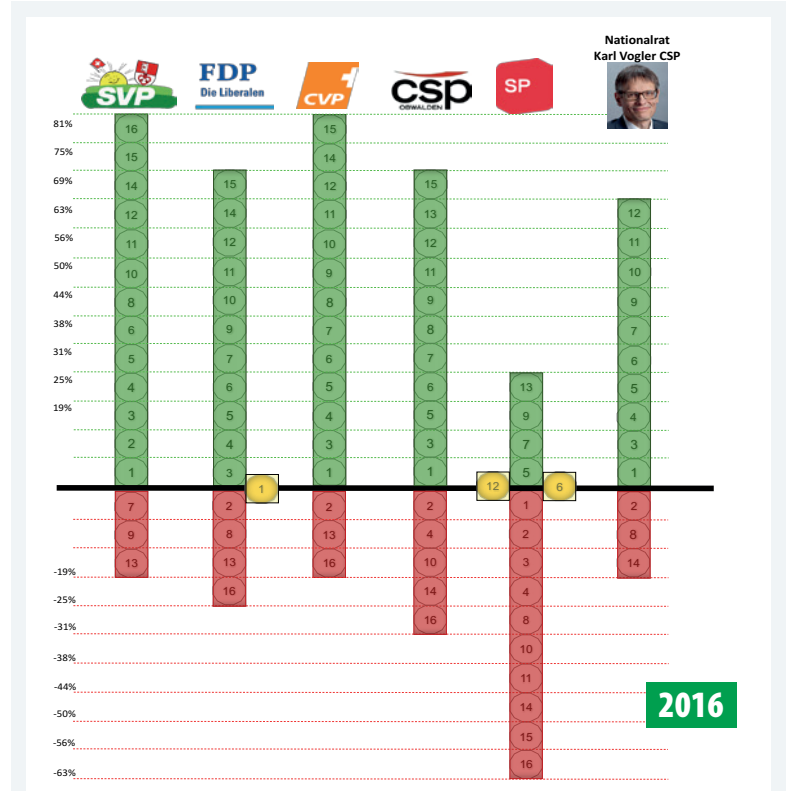
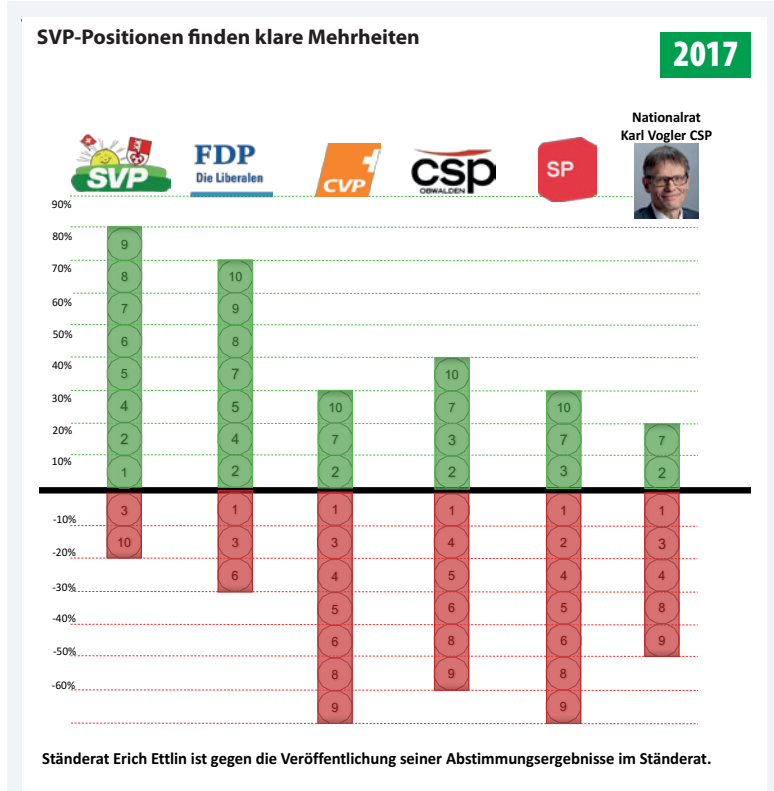
- Die SVP weist die höchste Übereinstimmung mit dem Wahlverhalten der Obwaldner Stimmbevölkerung auf (80%)
- CVP und SP weisen die geringste Übereinstimmung mit dem Wahlverhalten der Obwaldner Stimmbevölkerung auf (30%)
- die SVP politisiert nah am Puls der Bevölkerung, die FDP steht leicht hinten an. Die Mitte-Links-Parteien CVP, CSP und SP sind mit ihrem staatsgläubigen und ausgabefreudigen Verhalten abgeschlagen.

*) Datenquelle: nationale und kantonale Abstimmungen 2017



Fazit:

Eher linke Positionen der Parteien CVP, CSP und SP finden nur bedingt Zustimmung. Weniger Staat und mehr Eigenverantwortung finden Mehrheiten. Die Obwaldnerinnen und Obwaldner stehen grossmehrheitlich für eine solide bürgerliche Politik ein.



Abstimmungen 2016	Empf. SVP-ow	OW	CH
1 VI "Für Ehe und Familie - gegen die Heiratsstrafe"	Ja	ja	nein
2 VI "Zur Durchsetzung der Ausschaffung krimineller Ausländer (Durchsetzungsinitiative)"	Ja	ja	nein
3 VI "Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln!"	Nein	nein	nein
4 Änd. des BG: Strassenverkehr im Alpengebiet (Sanierung Gotthard-Strassentunnel)	Ja	ja	ja
5 VI "Pro Service public"	Nein	nein	nein
6 VI "Für ein bedingungsloses Grundeinkommen"	Nein	nein	nein
7 VI "Für eine faire Verkehrsfinanzierung" (Milchkuhinitiative)	Ja	ja	ja
8 Medizinisch unterstützten Fortpflanzung (Fortpflanzungsmedizinengesetz, FMedG)	Nein	nein	nein
9 Änderung des Asylgesetzes (AsylG)	Nein	ja	ja
10 VI "Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)"	Nein	nein	nein
11 VI "AHVplus: für eine starke AHV"	Nein	nein	nein
12 BG über den Nachrichtendienst (Nachrichtendienstgesetz, NDG)	Ja	ja	ja
13 Nachtrag zum Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz	Ja	ja	•
14 VI "Für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie (Atomausstiegsinitiative)"	Nein	nein	nein
15 Nachtrag zum Steuergesetz (Aufhebung der Erbschafts- und Schenkungssteuern)	Ja	ja	•
16 Nachtrag zum Gesetz über die Strassenverkehrssteuer - Referendum der SVP Obwalden	Nein	nein	nein

Abstimmungen 2017	Empf. SVP-ow	OW	CH
1 BB Erleichterte Einbürgerung von Personen der 3. Ausländergeneration	Nein	nein	ja
2 Fonds für die Nationalstrassen und den Agglomerationsverkehr (NAF)	Ja	ja	ja
3 Unternehmenssteuerreformgesetz III	Ja	nein	nein
4 Energiegesetz (EnG)	Nein	ja	ja
5 Entlohnung + Entschädigung von Behörden und Kommiss. (Behördengesetz)	Nein	nein	•
6 Nachtrag zum Bildungsgesetz (Tagesstrukturen) - Referendum der SVP Obwalden	Nein	nein	•
7 Bundesbeschluss über die Ernährungssicherheit	Ja	ja	ja
8 Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der MwSt.	Nein	nein	nein
9 Bundesgesetz über die Reform der Altersvorsorge	Nein	nein	nein
10 Nachtrag zur Kantonsverfassung (Bürgerrecht)	Nein	ja	•

Lesebeispiel:
 • 2017 gab es 10 Abstimmungen (7 nationale, 3 kantonale)
 • Z.B. AHV (Altersvorsorge) Nr. 9, die Parteien SVP und FDP gewannen bei der Abstimmung, CVP/CSP/SP haben eine andere Empfehlung abgegeben als das Volk abgestimmt hat.
 • Die SVP gewann gesamthaft zu 80%, FDP 70%, CSP 40%, CVP/SP 30%, aller Abstimmungen 2017

Volksabstimmung vom 4. März – Parolen der SVP Obwalden

1. Bundesbeschluss über die neue Finanzordnung 2021

JA

- Es geht um die weitere Berechtigung zur Erhebung der MWST und der direkten Bundessteuer
- Die MWST und die direkte Bundessteuer entsprechen zwei Dritteln der gesamten Bundeseinnahmen
- Dank unserem direkt-demokratischen System können wir überhaupt über Steuern abstimmen

2. Volksinitiative «Ja zur Abschaffung der Radio und Fernsehgebühren»

JA

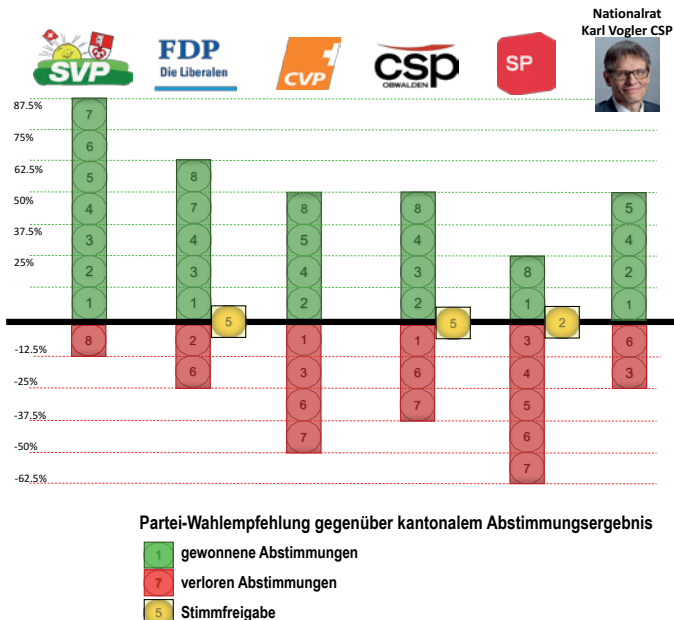
- Mehr Entscheidungsfreiheit anstelle von Zwangsgebühren
- Die von der Medienministerin angekündigten Gebührensenkungen belasten die Unternehmen
- 1.2 Mia. Fr. allein für die SRG, 60 Mio. Fr. für alle anderen zusammen. Nein zum Monopol, Ja zu «No-Billag»

JA zur Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren

In einem freien Land sollte jedermann selber entscheiden können, wie und wofür er sein erarbeitetes Geld ausgeben möchte. Diese Entscheidungsfreiheit wird durch die Zwangsgebühr für Radio und Fernsehen eingeschränkt. Gerade für Familien mit wenig Einkommen oder für junge Menschen wäre die Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren vorteilhaft – eine markante Entlastung des Budgets.

Jessica Rast,
Kantonsratskandidatin Sarnen

2015

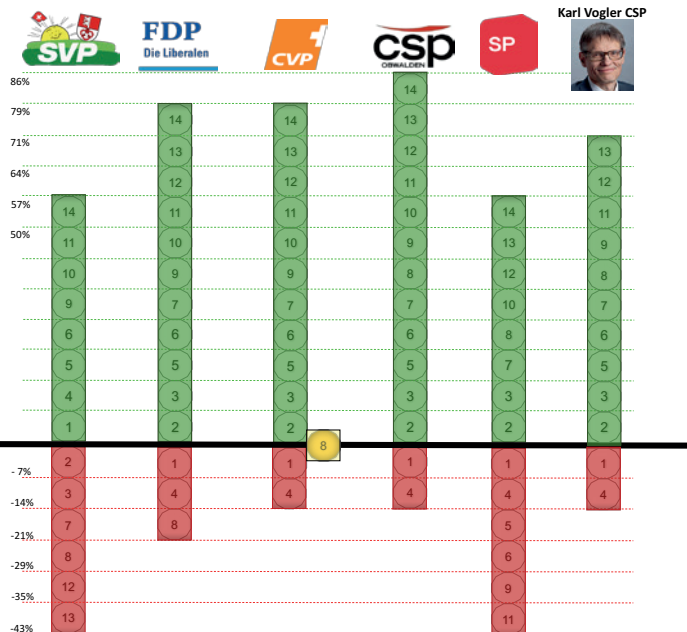


Abstimmungen 2015	VI = Volksinitiative; BG, BB = Bundesgesetz, Bundesbeschluss	Empf. SVP-OW	OW	CH
1 VI "Familien stärken steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen"		Nein	nein 79%	nein 75%
2 VI "Energie- statt Mehrwertsteuer"		Nein	nein 94%	nein 92%
3 BB über die Änderung der Verfassungsbestimmungen zur Fortpflanzungsmedizin und Gentechnologie		Nein	nein 56%	ja 62%
4 VI "Stipendieninitiative"		Nein	nein 85%	nein 73%
5 VI "Millionen-Erbschaften besteuern für unsere AHV (Erbschaftssteuerreform)"		Nein	nein 82%	nein 71%
6 BG über Radio und Fernsehen		Nein	nein 59%	ja 50.1%
7 Nachtrag zum Baugesetz		Ja	ja 59%	•
8 Nachtrag zur Jagdverordnung		Nein	ja 61%	•

Lesebeispiel:

- 2015 gab es 8 Abstimmungen (6 nationale, 2 kantonale)
- Z.B. «Erbschaftssteuerreform» Nr. 5, SVP, CVP, NR Vogler gewannen die Abstimmung, FDP und CSP enthielt sich der Stimme (Stimmfreigabe), die SP verlor die Abstimmung.
- SVP gewann zu 87.5%, FDP 62.5%, CVP/CSP 50%, SP 25%, aller Abstimmungen 2015

Nationalrat
Karl Vogler CSP



2014

Abstimmungen 2014	VI = Volksinitiative; BG, BB = Bundesgesetz, Bundesbeschluss	Empf. SVP-OW	OW	CH
1 Masseneinwanderungs-Initiative		Ja	ja 59%	ja 50.3%
2 Finanzierung öffentlicher Verkehr FABI		Nein	ja 52%	ja 62%
3 VI Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache		Ja	nein 58%	ja 70%
4 VI «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen»		Ja	ja 59%	ja 64%
5 Mindestlohn-Initiative		Nein	nein 86%	ja 76%
6 BG über den Fonds zur Beschaffung des Kampfflugzeugs Gripen		Ja	ja 64%	ja 53%
7 BB über die medizinische Grundversorgung		Nein	ja 83%	ja 88%
8 VI "Schluss mit der MwSt-Diskriminierung des Gastgewerbes"		Ja	nein 65%	ja 72%
9 VI "Für eine öffentliche Krankenkasse"		Nein	nein 77%	ja 62%
10 Gesetz: Planung, Bau + Finanzierung des Projekts Hochwassersicherheit Sameraatal		Ja	ja 82%	•
11 VI "Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre"		Nein	nein 67%	ja 59%
12 VI "Stopp der Überbevölkerung - zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen"		Ja	nein 67%	ja 74%
13 VI "Rettet unser Schweizer Gold"		Ja	nein 72%	ja 77%
14 Kant. Gesetz: Neuregelung der Grundstückschätzungen		Ja	ja 65%	•

Wählen Sie **Liste 7** und Daniel Wyler in die Regierung

 Isabella Kretz-Kiser Kems bisher	 Jost Durrer Kems	 Daniel Wyler Engelberg bisher		 Monika Rüeegg-Hurschler Engelberg bisher	 Karl Feierabend Engelberg
 Johann Unternährer Kems bisher	 Thomas Michel Kems	 Gerold Hurschler Engelberg		 Christoph von Rotz Sarnen bisher	
 Hubert Schumacher Sarnen bisher	 Jürg Frey Sarnen	 Peter Seiler Sarnen bisher	 Remo Fanger Sarnen bisher	 Rolf Windlin Sarnen	 Jessica Rast Sarnen
 Ivo Herzog Alpach bisher	 Marcel Durrer Alpach bisher	 Barbara Mathis Giswil	 René Ming-Gasser Giswil	 Gregor Rohrer Sachseln	 Walter Kuchler Sachseln bisher
 Simon Niederberger-Lussi Alpach	 Severin Wallimann Alpach	 Albert Sigrist Giswil bisher	 Peter Abächerli-Burch Giswil	 Patrick Helfenstein Sachseln	 Hanspeter Wallimann Sachseln

Wir danken für Ihre Stimmen!

Klar – Ehrlich – Konsequent



www.svp-ow.ch

Regierungratskandidat Daniel Wyler

Die Zukunft unseres Kantons liegt mir am Herzen!



Daniel Wyler

Persönliches

- Jahrgang 1959
- Aufgewachsen in der Ostschweiz
- Jurist, Direktor, Erwachsenenbildner
- Vater von vier erwachsenen Kindern und Grossvater

Tätigkeiten

- Mitglied Steuerrekurskommission Obwalden seit 2010
- Für Engelberg im Kantonsrat Obwalden seit 2011
- SVP Fraktionschef und Mitglied der Ratsleitung Obwalden seit 2012

Hobbys

- Familie
- Tennis, Skifahren, Biken, Reisen
- Konzert, Musical und Theater

Meine Aktivitäten in Obwalden

- Mitglied der Sozialkommission Engelberg 2008 – 2016
- Präsidium Kommission Justizreform und Petitionskommission
- Mitglied Spitalkommission
- Mitglied Kommission Steuergesetz-Evaluation
- Einreichung Motion Naturgefahrenfonds (Umsetzung 2018)

Warum ich für den Regierungsrat kandidiere

- Weil ich mit meinen Ausbildungen, Tätigkeiten und Erfahrungen die Anforderungen an das Regierungsratsamt erfülle.
- Weil ich ein Teamplayer bin und die Zukunft von Obwalden aktiv mitgestalten werde.
- Weil die SVP Obwalden Führungsverantwortung übernehmen möchte und ihre Positionen so direkt in die Regierung einfließen können.



Zur erfolgreichen Umsetzung der grossen anstehenden Aufgaben sind in unserem Kanton alle politischen Kräfte wichtig. Daher empfehle ich

Daniel Wyler für den Regierungsrat

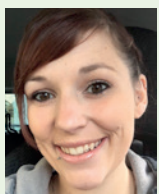
Paul Federer, Alt Regierungsrat



Ich wähle Daniel Wyler in die Regierung

- weil ihm eine intakte Umwelt wichtig ist und er zu unserer Landschaft Sorge trägt
- er für einen attraktiven Tourismus in einer intakten Natur einsteht
- er sich für das Gewerbe einsetzt

Martin Odermatt, Unternehmer, Alt Talamann, Engelberg



Ich wähle Daniel Wyler in die Regierung

- weil er ein offenes Ohr für uns Junge hat
- er gerne diskutiert und uns auch ernst nimmt
- er uns dank seiner Erfahrung viele Tipps und hilfreiche Ratschläge geben kann
- er sich für wirkungsvolle Lösungen einsetzt

Andrea Bürgi, Bäckerin / Konditorin, Lungern



Ich wähle Daniel Wyler in die Regierung

- weil er die Probleme der Unternehmer kennt
- er sich aktiv für praktikable Lösungen einsetzt
- er über Führungserfahrung verfügt
- ihm eine starke Wirtschaft wichtig ist

Josef Nietlispach, Unternehmer, Sachseln www.jn-holding.ch



Liebe Obwaldnerinnen und Obwaldner

Für Folgendes werde ich mich in der Regierung einsetzen:

- gute Wirtschaftsbedingungen und sichere Arbeitsplätze
- eine starke Landwirtschaft in einer intakten Landschaft
- vertretbare Steuern und eine effiziente Verwaltung
- eine gute medizinische Grundversorgung in Obwalden
- die bewährte duale Ausbildung mit kompetenten Berufsleuten
- einen attraktiven Tourismus im Einklang mit der Natur

Daniel Wyler in die Regierung – Danke für die Unterstützung und Ihre Stimme am 4. März 2018.

www.danielwyler.ch



Das neue «Finanzloch» in Obwalden

Im Budget 2018 weist der Kanton Obwalden ein strukturelles Defizit von 36 Mio. Franken aus. Seit 2006 sind zwar die Steuereinnahmen von 68 Mio. auf erfreuliche 100 Mio. (2016) angewachsen, allerdings hat die Spitalversorgung in Obwalden die Marke von 40 Mio. Franken überschritten und die Ausgaben für die Prämienverbilligungen sind in den letzten zehn Jahren von 14 auf 24 Mio. angewachsen. Im gleichen Zeitraum ist auch die Staatsquote gewachsen.

Der Kanton Obwalden war mit seiner im Jahre 2006 eingeschlagenen Finanzstrategie erfolgreich und hat sich in wenigen Jahren von einer Steuerhölle bzw. von einem Nehmerkanton mit 100 Millionen

Schulden zu einem Geberkanton entwickelt. Das heisst, er muss – wie etwa der Kanton Nidwalden – in den nationalen Finanzausgleich einzahlen, um finanziell schlecht geführte Kantone wie Bern zu unterstützen.

Das zeigt sehr gut den nötigen Handlungsbedarf beim NFA auf: Wer immer nur kassiert, sich nicht bewegt und verbessert, soll künftig auch weniger Unterstützung erhalten.

Nur dank der damaligen Ausschüttung vom Verkauf der «Goldreserven» der Schweizerischen Nationalbank wurde es dem Kanton Obwalden möglich, diese Strategie der Steuersenkung einzuführen und Firmen und natürliche Personen zu entlasten. Folglich wurde der Kanton Obwalden attraktiv für finanzkräftige Neuzuzüger. Der Plan ging auf, wie die hohen Mehreinnahmen beweisen.

Die stetig steigenden Gesundheitskosten, welche wiederum nach höheren Prämienverbilligungen verlan-



Ein starkes Team für Sarnen in den Kantonsrat

Peter Seiler

18. Juli 1983
verheiratet, 2 Kinder

Beruf
landwirtschaftlicher Betriebsleiter

Aus- & Weiterbildung
dipl. Ingenieur Agronom FH

Weitere Tätigkeit
· Korp. Freiteil – Holz-Fernwärme Sarnen AG,
Vorsitz Projektleitung
· Stützpunkt-Feuerwehr (Lt)

Politische Ämter
· Kantonsrat
· Gemeinderat Sarnen

Vereine / Verbände
· Bauernverband OW
· Fasnachtsverein & Trinklergruppe

Hobbys
Ausflüge & Reisen, Geographie & Geschichte,
Lesen v. Zeitungen & Berichten



bisher



Politische Schwerpunkte:

- ländliche Entwicklung
- Bevölkerungsentwicklung
- Land- & Forstwirtschaft
- Bau & Raumplanung
- Naturgefahren & Wasserbau

Christoph von Rotz

15. Oktober 1966
verheiratet

Beruf
Abteilungsleiter ILZ

Aus- & Weiterbildung
MAS DBM, Immobilienbewirtschafter mit eidg. FA

Weitere Tätigkeit
Immobilienverwaltung

Politische Ämter
· Kantonsrat 2002 – 08; 2014
· Nationalrat 2007 – 2011
· kant. Komm. strategische Planung und
Aussenbeziehungen KSPA
· Vorst. SVP OW & SVP Sarnen

Vereine / Verbände
VIW-Verband der Wirtschaftsinformatik, HEV
Obwalden, ACS Sektion OW / NW / LU, Kolping Sarnen

Hobbys
Segeln, Skifahren, Reisen



bisher



Politische Schwerpunkte:

- Finanzen & Steuern
- Bildung
- Sicherheit

Hubert Schumacher

15. September 1960
2 Kinder

Beruf
Kaufm. Angestellter

Aus- & Weiterbildung
eidg. dipl. Logistikleiter

Politische Ämter
· Kantonsrat
· kant. Geschäfts- & Rechnungs-
prüfungskommission GRPK
· Schulrat Sarnen seit 2008
· Kant. Kulturkommission

Vereine / Verbände
· Präsident TCS Obwalden
· Jodlerklub Sarnen
· Tambouren Obwalden
· Theatervereine

Hobbys
Brauchtum, Sport, Musik, Theater



bisher



Politische Schwerpunkte:

- Bildung
- Mobilität
- Kultur

Remo Fanger

15. Juni 1974
in Partnerschaft, 1 Kind

Beruf
Chef Einsatzgruppe Luzerner Polizei

Aus- & Weiterbildung
· Käser EFZ
· Polizist, Fachspezialist

Weitere Tätigkeit
Stützpunkt-Feuerwehr (Offizier)

Politische Ämter
Kantonsrat

Vereine / Verbände
· Äplergesellschaft Kägiswil
· St. Niklaus Komitee Kägiswil
· IPA International Police Association
· Schiesssektion der Luzerner Polizei

Hobbys
Brauchtum, Jassen, Wassersport



bisher



Politische Schwerpunkte:

- Asylwesen
- Sicherheit
- Gesundheitswesen

gen, belasten den Kanton erheblich. Das aktuelle Krankenversicherungsgesetz (KVG) ist in seiner Wirkung ein Fehlkonstrukt und benötigt seitens Bund eine dringliche Revision.

Fazit: Obwalden muss seine Steuerattraktivität unbedingt bewahren. Die Staatsleistungen und -ausgaben müssen genau kontrolliert und – wo möglich und notwendig – reduziert werden.

Christoph von Rotz,
Kantonsrat Sarnen

Bundesasylzentrum an geeignetem Standort

Das Bundesasylzentrum im Glaubenberg wurde im Jahr 2016 von der Obwaldner Bevölkerung ohne grosses Murren akzeptiert und auch die SVP Obwalden hat sich nicht dagegen zur Wehr gesetzt. Die gesetzliche Grundlage für die befristete Nutzung des Truppenlagers Glaubenberg als Bundesasylunterkunft basiert auf den dringlichen Bestimmungen der Asylgesetzrevision, welche am 9. Juni 2013 vom Stimmvolk angenommen wurde. Diese Bestimmungen erlauben es dem Bund, Ausreisenzentren ohne Zustimmung der Standortgemeinde einzurichten.

Asylzentrum Glaubenberg

Ein Grund für die Akzeptanz im Kanton Obwalden ist mit Sicherheit die Distanz zum Dorfzentrum. Wird nämlich ein Asylzentrum näher bei einem Dorf oder einem Schulhaus geplant, dann steigt immer auch der Widerstand, wie dies in Obwalden mit dem damaligen Asylzentrum in Alpnach im Jahr 2013 der Fall war. Bundesrätin Simonetta Sommaruga will nun im Kanton Schwyz gegen den politischen Willen der Zentralschweizer Kantone im Ortsteil Seewen ein Bundesasylzentrum errichten und jenes auf dem Glaubenberg wieder aufgeben. Dem Anschein nach soll die grosse Distanz und das Moorschutzgebiet ein Bundeszentrum auf dem Glaubenberg nicht bewilligungsfähig machen, obwohl sich die Obwaldner Regierung zusammen mit den Zentralschweizer Regierungen für die Weiterführung des Bundesasylzentrums im dem 1500 Meter über Meer liegenden

Truppenlager Glaubenberg ausgesprochen haben.

Der Standort Glaubenberg ist für Obwalden nicht ganz uneigennützig. Durch den Betrieb dieses Bundesasylzentrums müssen die Gemeinden im Kanton weniger Asylsuchende aufnehmen und dazu passende Wohnungen suchen und zur Verfügung stellen. Dieses Bewusstsein fördert natürlich die Akzeptanz in Obwalden.

Bei der jüngsten Abstimmung zum Asylgesetz vom 5. Juni 2016 ist in der Abstimmungsbroschüre Folgendes festgehalten worden: «Die geeigneten Standorte sollen aber wie bisher in enger Zusammenarbeit mit den Kantonen, Städten und Gemeinden einvernehmlich gesucht und geplant werden.»

Einmal mehr stand in einem Abstimmungsbüchlein etwas anderes, als das, was in der Praxis von Asylverwaltern an den Schalthebeln wirklich umgesetzt wird. Es scheint System zu haben, dem Stimmvolk falsche Tatsachen vorzugeben, um ein demokratisches Ja zu einer Vorlage zu erhalten.

Aktuell hat sich die Situation an der Asylfront etwas entschärft, was sich aber jederzeit schnell wieder ändern kann, weil die Sicherheitslage ausserhalb Europas leider nicht überall stabil ist. Wir tun gut daran, die Bestimmungen im Asylgesetz mit schnellen Verfahren effizient und strikt umzusetzen und die Bundesasylzentren dort zu betreiben, wo die Akzeptanz der Bevölkerung vorhanden ist.

Christoph von Rotz, KR Sarnen

Jürg Frey

15. August 1964
1 Tochter

Beruf
Geschäftsführer

Aus- & Weiterbildung
Wirtschaftsinformatiker HF

Weitere Tätigkeit
ICT Berufsbildung Zentralschweiz

Vereine / Verbände
· VIW-Verband der Wirtschaftsinformatik
· Pro Wirtschaft NW
· Business Network OW
· Karate Do Obwalden
· Kiwanis Club Obwalden

Hobbys
Fotografieren, Karate, Reisen



Politische Schwerpunkte:

- Finanzen
- Wirtschaft

Jessica Rast

20. August 1987
ledig

Beruf
Fachangestellte Liegenschaften

Aus- & Weiterbildung
Coiffeuse EFZ

Weitere Tätigkeit
Stützpunkt-Feuerwehr Sarnen

Vereine / Verbände
Schützengesellschaft Perlen

Hobbys
Wandern & Skifahren, Jassen, Reiten, Musik



Politische Schwerpunkte:

- Bildung
- Ausländerpolitik (Asylwesen)
- Sicherheit
- Verkehr

Rolf Windlin

28. Dezember 1981
verheiratet, 2 Kinder

Beruf
· landwirtschaftlicher Betriebsleiter
· Unternehmer

Aus- & Weiterbildung
· eidg. dipl. Meisterlandwirt
· Landmaschinenmechaniker EFZ
· div. Fach- & Sicherheitskurse

Weitere Tätigkeit
ehem. Ausbilder für Landtechnik an der landw. Schule Giswil

Vereine / Verbände
Juchli-Trinkler Kerns

Hobbys
Skitouren, Mountainbike, Fachzeitschriften lesen



Politische Schwerpunkte:

- Bauwesen & Raumentwicklung
- Land- & Forstwirtschaft
- Wirtschaft allgemein
- schlanke Staatsverwaltung

Bauen ausserhalb der Bauzone – auch Bewohner des ländlichen Raumes haben Rechte

In den vergangenen Jahren haben Bautätigkeiten an Wohngebäuden ausserhalb der Bauzone verschiedentlich zu Diskussionen geführt. Sowohl qualitativ (Erscheinungsbild) wie auch quantitativ (bestehende Grösse, Erweiterbarkeit) herrschen nach wie vor Meinungs- und Interpretationsunterschiede bezüglich der geltenden Bestimmungen.

Als anfangs der 70er Jahre die Trennung von Bau- und Nichtbaugelände erfolgte, hat man unseren Grosseltern und Eltern versprochen, dass dies lediglich zum Zweck habe, die Zersiedelung mit zu vielen neuen Gebäuden in der Landschaft zu verhindern. Man ging davon aus, dass am Bestand und dessen Weiterentwicklung nicht gerüttelt wird, auch dann nicht, wenn Landwirtschaftsbetriebe dereinst aufgegeben würden. Dieses Vorgehen schien im Sinne des Kulturlandschutzes auch der Bevölkerung im ländlichen Raum vernünftig.

Heute wird die Trennung von Bauzone und Nichtbauzone seitens des Bundesamtes für Raumentwicklung (ARE) und von kantonalen Ämtern so interpretiert, dass man selbst an vielen bestehenden Häusern ausserhalb der Bauzone fast nichts mehr verändern oder erneuern darf. Das ARE hat es sich zum Sport gemacht, Bestimmungen im Raumplanungsgesetz mittels der Raumplanungs-



verordnung zu Ungunsten der Grundeigentümer umzuinterpretieren – oder noch lieber ins Gegenteil zu verkehren.

Die SVP möchte in der Raumplanung einen pragmatischen Weg verfolgen und den Bewohnern im ländlichen Raum endlich Rechtssicherheit gewähren. Auf einer Fläche ausserhalb des Baugebietes, wo

heute kein Haus steht, soll nicht einfach ein Wohngebäude erstellt werden können. Dazu steht die SVP. Wo ein Haus jedoch schon seit Jahren besteht, soll dieses den vollen Bestandesschutz erhalten, auch wenn das Wohnen darin nicht mehr landwirtschaftlich begründet ist.

Peter Seiler,
Kantonsrat Sarnen

Die SVP Obwalden fordert die Festschreibung folgender Grundsätze:

1. Alle bestehenden, rechtmässig erstellten Wohnbauten ausserhalb der Bauzonen sind in ihrem Bestand geschützt. (Eigentumsgarantie gem. Art. 26 Bundesverfassung).
2. Bestehende Wohnbauten dürfen in vernünftigem Mass vergrössert werden, damit ein zeitgemässes Wohnen möglich ist.
3. Altbauten dürfen durch mindestens flächengleiche oder massvoll grössere Neubauten ersetzt werden.
4. Zweckmässige Verkehrserschliessungen werden bewilligt, sofern die Anbindung an einen bestehenden Verkehrsweg in kurzer Distanz möglich ist.
5. Die Bauten und Wege sollen sich gut und passend in die Landschaft einfügen.



Ein starkes Team für Alpnach in den Kantonsrat

Simon Niederberger-Lussi

2. Februar 1985
verheiratet, 3 Kinder

Beruf
Landwirt

Aus- & Weiterbildung
Agrotechniker HF

Weitere Tätigkeit
Offizier der Feuerwehr Alpnach

Vereine / Verbände
· Präsident Bauernverband OW
· Milchgenossenschaft Schoried (Kassier)
· Landwirtschaftskommission OW

Hobbys
Familie, Natur, Feuerwehr, Pilatustrinkler



Politische Schwerpunkte:

- Landwirtschaft
- Raumplanung

Marcel Durrer

27. März 1947
ledig

Beruf
Pensionär, Schulbusfahrer

Aus- & Weiterbildung
· Teamleiter Helikopter Unterhalt
· Helikopter-Mechaniker

Politische Ämter
· Kantonsrat
· kantonsrätliche
Redaktionskommission

Vereine / Verbände
· Schwingerverbände
· Turnverein
· Schützen-, Äpler-, Volksverein

Hobbys
Schwingen, Geschichte, Fliegerei, Volkskunde



bisher

Politische Schwerpunkte:

- Sicherheit
- Ausländer / Migration
- Naturerfahren

Mehr Freiheit für KMU

In der Schweiz bieten rund 580'000 KMU Arbeit für mehr als drei Millionen Personen. Weitere 1600 Grossbetriebe beschäftigen noch einmal mehr als 1.4 Millionen Arbeitnehmer. Tag für Tag erwirtschaften diese Menschen unseren Wohlstand. Sie bemühen sich um Innovationen und Flexibilität, sie meistern auftretende Schwierigkeiten. Gemeinsam erarbeiten wir die Familieneinkommen, aber auch die Steuereinnahmen (für den ständig wachsenden Staat).

Etwas Sozialeres als einen sicheren Arbeitsplatz gibt es nicht. Nur so können wir Personen, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen, fördern und unterstützen.

Deshalb müssen die Rahmenbedingungen für KMU und Grossbetriebe laufend überprüft und bedarfsgerecht angepasst werden. Eine Daueraufgabe.



Als Vertreterin des Mittelstandes und der KMU setzt sich die SVP ganz besonders ein für:

1. Die Schaffung und den Erhalt tiefer Unternehmenssteuern. Das schafft Mittel für Investitionen und Arbeitsplätze, Innovation und Wohlstand. Arbeit und Fleiss sollen sich lohnen.
2. Für einen Stopp ständig neuer Vorschriften und Verbote. Wir fordern mehr Freiheit und Vertrauen in unsere KMU.
3. Für unser bewährtes duales Bildungssystem.
4. Für die nachhaltige Unterstützung unserer Landwirtschaft. Auch hier gilt unser Augenmerk dem Abbau der Bürokratie. Bald verbringen die Bauern mehr Zeit im Büro als auf dem Feld.
5. Für eine Vereinfachung der Bewilligungsverfahren für Hochbauten. Zum Nutzen von Bauherren, Unternehmern und Handwerkern. Zum Nutzen unserer Volkswirtschaft.
6. Für bessere wirtschaftliche Rahmenbedingungen, für weniger Verbote, für mehr unternehmerische Freiheit, für weniger Bürokratie. Tragen wir Sorge zu den KMU, dem Fundament unserer Wirtschaft und unseres Wohlstandes.

Ivo Herzog, Kantonsrat Alpnach

Haben Sie das gewusst?

- Unsinnige Regulierungen kosten die Schweizer Unternehmen jährlich 60 Milliarden Franken
- Das sind 10% unseres Bruttoinlandproduktes (= soviel, wie wir für das Gesundheitswesen und die Sicherheit ausgeben)
- Auf Bundesebene existieren 30'000 Gesetze
- Verordnungen und Vorschriften sind auf 66'000 Seiten festgehalten
- Pro Arbeitstag kommen schweizweit 57 neue Regulierungen dazu
- Bund, Kanton und Gemeinden stellen monatlich 300 neue Mitarbeiter ein

Quelle: *sgv-usam, bfs*

«Wenn es nicht notwendig ist, ein Gesetz zu machen, dann ist es notwendig, kein Gesetz zu machen.»

Charles de Secondat, Baron de Montesquieu

Ein starkes Team für Alpnach in den Kantonsrat

Ivo Herzog

28. Juli 1966
verheiratet, 1 Sohn

Beruf
Geschäftsführer, Werftinhaber
Herzog Marinecenter AG

Aus- & Weiterbildung
Kaufmann

Politische Ämter
Kantonsrat

Vereine / Verbände
• CH-Motorbootunternehmer, - & Bootsbauerverband
• Tschyfärä Zunft Alpnach
• Club 92
• FC Alpnach

Hobbys
Wassersport, Skifahren, Fasnacht (Zunft), Kulinarik



bisher

Politische Schwerpunkte:

- Raumplanung / Bau
- Finanzen

Severin Wallimann

5. Dezember 1997
ledig

Beruf
z. Z. Pilatus-Zahnradbahn

Aus- & Weiterbildung
• Matura (SPF Physik und Anwendung d. Mathematik)
• Studium Maschinenbau ETH Zürich (ab 09.2018)

Vereine / Verbände
• Help-Jugendamariter (Teamleitung)
• Skiclub Alpnach (JO Leiter)
• Samariterverein

Hobbys
Skifahren, Inline-Skating, Wandern, Lesen, Modelleisenbahn



Politische Schwerpunkte:

- Bildung und Erziehung
- Energie
- Sicherheit

Obwaldner Landwirtschaft – mehr als nur ein Wirtschaftszweig

Die SVP fordert eine Landwirtschaftspolitik, die im Interesse einer sicheren Versorgung unserer Bevölkerung mit einheimischen Produkten das Weiterbestehen der über 600 Bauernbetriebe in Obwalden ermöglicht.

Agrarmarkt & landwirtschaftliche Produktion

Landwirte sind Unternehmer. Als solche richten sie ihre Produktion grundsätzlich nach den Bedürfnissen der Kundschaft aus. Dafür braucht es unternehmerische Spielräume, weshalb sich die staatlichen Vorschriften auf einen groben Rahmen beschränken sollen. Weitergehende Produktions-Reglemente sind Sache von Label-Organisationen, denen sich die Bauern freiwillig anschliessen können. Der Markt soll die erbrachten Leistungen bezahlen und über Erfolg und Misserfolg entscheiden. Der Gesetzgeber ist dafür verantwortlich, dass in einem Markt für alle Teilnehmer die gleichen Grundbedingungen herrschen. Bei einem Agrarfrihandelsabkommen mit der EU oder Südamerika würde der Schweizer Markt aufgrund völlig ungleicher Produktionsbedingungen verzerrt. Lohn- & Preisniveau, Vorschriften, Topografie, Klima und Grössenstrukturen sind sehr verschieden.

Die SVP wehrt sich deshalb zusammen mit dem Bauernverband vehement gegen den Agrarfrihandel.

Einkommenssituation

Der durchschnittliche Landwirtschaftsbetrieb in Obwalden erwirtschaftet ein landwirtschaftliches

Einkommen von rund 31'000 Franken. Pro Vollzeitfamilienarbeitskraft entspricht das 19'000 Franken.

Aus ausserlandwirtschaftlicher Tätigkeit generieren die Betriebe zudem 32'000 Franken. Das Haushaltseinkommen von 63'000 Franken stammt folglich nur zur Hälfte aus der Landwirtschaft.¹⁾



Pro Betrieb werden rund 50'000 Franken Direktzahlungen ausbezahlt. Im Vergleich mit dem Einkommen zeigt sich, dass die Direktzahlungen gebraucht werden, um die Kosten im Betrieb decken zu können.

Die SVP Obwalden stärkt diejenigen Elemente, welche das selbständige landwirtschaftliche Einkommen erhöhen und kostensenkend wirken.

Ernährungssicherheit

Die Landwirtschaft hat den in der Verfassung verankerten Auftrag, die Selbstversorgung mit hochwertigen und gesunden Produkten sicherzustellen. Die Bedeutung eines gewissen Selbstversorgungsgrades zeigt sich erst in Krisenzeiten. Es ist wichtig, dass dieser strategische Aspekt auch in Zeiten florierender weltweiter Nahrungsmittelmärkte nicht ausser Acht gelassen wird. Die SVP fordert deshalb einen Netto-Selbstversorgungsgrad von klar über 50 Prozent.

Schutz der landwirtschaftlichen Nutzfläche

Als problematisch erachtet die SVP den rasanten Verlust von landwirtschaftlicher Nutzfläche durch die rege Bautätigkeit. Zwischen dem grundsätzlich positiven Wirtschaftswachstum und dem Verlust von Kulturland besteht leider ein Zusammenhang. Aber auch die aus dem Ruder laufende jährliche Zuwan-



Ein starkes Team für Kerns in den Kantonsrat

Isabella Kretz-Kiser

23. Oktober 1973
verheiratet, 2 Kinder

Beruf

- Sachbearbeiterin Finanzen
- Personalassistentin

Politische Ämter

- Kantonsrätin
- kant. Geschäfts- & Rechnungsprüfungskommission GRPK
- Sozialkommission Kerns
- Vorstand SVP Obwalden
- Präsidentin SVP Kerns

Vereine / Verbände

- Tennis-Club Kerns

Hobbys

Tennis, Freunde, Jassen, Tanzen



bisher



Politische Schwerpunkte:

- weniger Staatsausbau und Bürokratie
- weniger unnötige Gesetze, mehr Selbstverantwortung
- für das gewöhnliche Arbeitervolk

Jost Durrer

2. März 1981
verheiratet, 4 Kinder

Beruf

Unternehmer

Aus- & Weiterbildung

Eidg. dipl. Elektroinstallateur

Politische Ämter

VK Sportbahnen Melchsee-Frutt

Vereine / Verbände

Juchli-Trinkler Kerns

Hobbys

Skifahren, Velo



Politische Schwerpunkte:

- Bildungspolitik
- Tourismus
- Raumplanung
- Familienpolitik

rung in die Schweiz von netto ungefähr 60'000 Personen beansprucht viel Bauland.

Die Lösung kann nur darin bestehen, die Netto-Zuwanderung wirksam einzuschränken und für die schon ansässige Bevölkerung auf der vorhandenen Baulandfläche kluge und lebensfreundliche Wohnkonzepte zu realisieren.

Berggebiet im Speziellen

Soll die Bergregion Obwalden auch in Zukunft für Landschaften mit blühenden Matten und weidenden Kühen bekannt sein, ist es erforderlich, dass die Landwirtschaft für ihre topografisch und strukturell erschwerten Produktionsbedingungen mit Direktzahlungen unterstützt wird. Das gilt vor allem für Betriebe im Berggebiet, welche in Obwalden die Mehrheit stellen. Auch das steht in der Bundesverfassung und die SVP macht sich stark dafür. Direktzahlungen sind keine «Almosen», sondern Abgeltungen für erbrachte Zusatzleistungen.

¹⁾ (Quelle: Landwirtschaftamt OW, Bericht «Beurteilung der finanziellen Situation der Obwaldner Landwirtschaftsbetriebe» August 2015)

Simon Niederberger,
Präsident Bauernverband OW
Peter Seiler, Kantonsrat Sarnen

Liebe Bundespolitiker: Wir brauchen eine sichere AHV!

Die AHV gehört zur Schweiz wie Schokolade, Käse und Uhren. Sie muss aber gerecht für alle Generationen sein – fair für Mann und Frau. Keine Generation darf bessergestellt werden, aber jede Generation soll auf eine AHV zählen können. Darum braucht es grundsätzliche und langfristige Lösungen.

Eine finanzielle Stabilisierung ist zwingend. Mit einer durchdachten Sanierung der AHV mittels...

- Angleichung des Rentenalters der Frauen
- Senkung des Umwandlungssatzes
- einer geringen Anhebung der Mehrwertsteuer
- greifbaren Anreizen zum Verbleib im Arbeitsprozess

...erhielte die AHV eine sehr tragfähige finanzielle Basis.

Die Obwaldner Bevölkerung erteilte dem AHV-Flickwerk in der Abstimmung vom Herbst 2017 mit 58 Prozent Nein-Stimmen eine klare Abfuhr. Jetzt muss eine neue Lösung her. Es braucht keine Scheinreform, es geht nicht mehr um Macht- oder

Klientelpolitik. Es geht um die Sanierung einer der bedeutendsten Institutionen unseres Landes. In der Pflicht stehen bei der Lösungserarbeitung auch unsere beiden Obwaldner National- und Ständeräte, welche nach ihrer verlorenen Abstimmung umdenken müssen.



Ein starkes Team für Kerns in den Kantonsrat

Thomas Michel

5. Februar 1968
verheiratet, 2 Kinder

Beruf
Ausbildner und Fahrlehrer
VBL Luzern

- Aus- & Weiterbildung**
- Automechaniker
 - Grenzwächter
 - Handelsschule VHS
 - Fahrlehrer Kat BCDE
 - FA Ausbildner SVEB

Hobbys
Genealogie (Ahnenforschung),
Laufsport, Garten



Politische Schwerpunkte

- Wiedereingliederung in die Arbeitswelt
- Migration
- Sicherheit

Johann Unternährer

1. November 1956
verheiratet, 2 Knaben

Beruf
Abteilungsleiter

Aus- & Weiterbildung
Carrossier mit eidg. FA, Handelsschule

Weitere Tätigkeit
Prüfungsexperte LAP

Politische Ämter
Kantonsrat

- Vereine / Verbände**
- Carrossierverband Zentralschweiz
 - Männerturnverein Kerns
 - Verein alter Landmaschinen Kerns

Hobbys
Velo, Wandern, Lesen, Herbst-Weinlese
im Kanton Uri



bisher

Politische Schwerpunkte:

- Wirtschaft
- Bildung
- Finanzen

Der Wolf wird zum Politikum: Ist es Zeit, umzudenken?

Es ist Zeit zum Handeln. Die SVP Obwalden setzt sich aktiv für den Schutz der Bevölkerung und für die Sicherheit unserer Jagd- und Nutztiere ein.

Rückkehr der Grossraubtiere in die Obwaldner Wälder

Die Wiederansiedlung von Grossraubtieren in der Schweiz führt speziell in den Berg- und Randregionen zunehmend zu Problemen in der Land- und Alpwirtschaft. Die Bevölkerung ist verunsichert, was sich insbesondere in denjenigen Regionen zeigt, welche von Wolfsrudeln be-

troffen sind. Die Landwirtschaft und ihr naheliegende Kreise warnen seit Jahren vor dieser Entwicklung und fordern vom Bundesrat eine Umkehr in der politischen Haltung.

Was bedeutet das für die Bauern und den Tourismus?

Durch die Umsetzung von Herdenschutzmassnahmen wird der Touris-

mus in der Zentralschweiz zunehmend eingeschränkt. Vom Bund empfohlene Schutzmassnahmen wie Herdenschutzhunde und zwei Meter hohe Wolfzäune beängstigen, verärgern und vertreiben Wanderer, Biker und andere naturverbundene Gäste. Dies schadet nicht nur dem Image der Bauern, es schadet auch der ganzen Wirtschaft in der Region. Die Verbreitung von Wölfen geht sehr rasant voran und wurde bisher in allen Nachbarländern der Schweiz stark unterschätzt.

Die «Vereinigung zum Schutz von Jagd- und Nutztieren vor Grossraubtieren in der Zentralschweiz» (VSvGZ) setzt sich zum Ziel, die Interessen der Weidetierhalter und Jägerschaft vor allem gegenüber der Anwesenheit von Grossraubtieren sowie gesellschaftlichen und politischen Einflüssen zu vertreten. Dies wiederum kommt auch dem Tourismus stark zugute. Denn nur eine intakte Landschaft ohne zusätzliche Schutzmassnahmen durch Zäune und Hunde ist für den Tourismus interessant. Die Schweizerische Gesetzgebung soll deshalb soweit geändert werden, dass Grossraubtiere reguliert werden können.

Autoren-Team, SVP Obwalden



Haben Sie das gewusst?

Schadensbilanz 2017 im Kanton Obwalden:

- 6 totgebissene Schafe
- 4 notgeschlachtete Schafe aufgrund Bisswunden
- etliche Tiere werden vermisst

Jeder Wolf verursacht Vollkosten von rund 100'000 Franken pro Jahr



Ein starkes Team für Engelberg in den Kantonsrat

Monika Rüeegger-Hurschler

25. März 1968
verheiratet, 4 Söhne

Beruf

- Familienfrau
- Bauplanung
- Parteipräsidentin SVP Obwalden

Aus- & Weiterbildung

Metall-, BauplanerIn EFZ

Politische Ämter

- Kantonsrätin
- kant. Geschäfts- & Rechnungsprüfungskommission GRPK
- Schulrat Engelberg
- Vorstand SVP Engelberg

Hobbys

Skifahren, Joggen, Golf, Politik, Lesen d. Tagespresse



bisher



Politische Schwerpunkte:

- Bildungspolitik
- Familienpolitik
- Tourismus
- Bau- /Raumplanung

Daniel Wyler

23. Oktober 1959
4 erwachsene Kinder

Beruf

Jurist / Direktor, Erwachsenenbildner

Aus- & Weiterbildung

lic.iur., Eidg. Prüfungsexperte

Politische Ämter

- Kantonsrat, Fraktionschef
- Ratsleitung Kantonsrat OW
- Vorstand SVP OW & Engelberg
- Justiz- und Spitalkommission
- Steuerrekurs-Kommission

Vereine / Verbände

- Tennis-Club Engelberg
- Club 199 Engelberg Sportclub

Hobbys

Familie, Grosskind, Tennis, Skifahren, Wandern, Biken, Theater, Musical



bisher



Politische Schwerpunkte:

- Sozialpolitik
- Bildung
- Justiz / Gesetzgebung
- Steuern / Management

Obwaldner Tourismus: Im Einklang mit der Bevölkerung

Der Kanton Obwalden ist eine erfolgreiche Tourismusdestination. Im Vergleich mit anderen Destinationen im Alpenraum kann er sich das ganze Jahr über behaupten und bietet dem Gast eine grosse Vielfalt an Angeboten. Obwalden verzeichnet jährlich über eine Million Logiernächte. Davon fällt die Hälfte in Engelberg an.

Der Anteil des Obwaldner Tourismus am OW-Bruttoinlandprodukt beträgt im Sarneraatal rund 10%. In Engelberg sogar rund 70%. Viele KMU im Kanton profitieren direkt oder indirekt von dieser sehr positiven Entwicklung: Dienstleistungs- und Tourismusbetriebe, Baugewerbe, Detailhandel, Lebensmittelindustrie, Landwirtschaft, Grosshändler etc.

Wir haben eine unglaublich schöne Landschaft, Gäste können sich bei uns rundum erholen. Wir profitieren von einer sehr guten Infrastruktur und einem breiten Angebot an Dienstleistungen. Im Interesse des Kantons und der Gemeinden muss der Tourismus starke politische Unterstützung geniessen. Nur so werden wir weiterhin eine attraktive und starke Tourismusdestination bleiben.

Die Politik muss dafür sorgen, dass eine ausreichende Infrastruktur be-

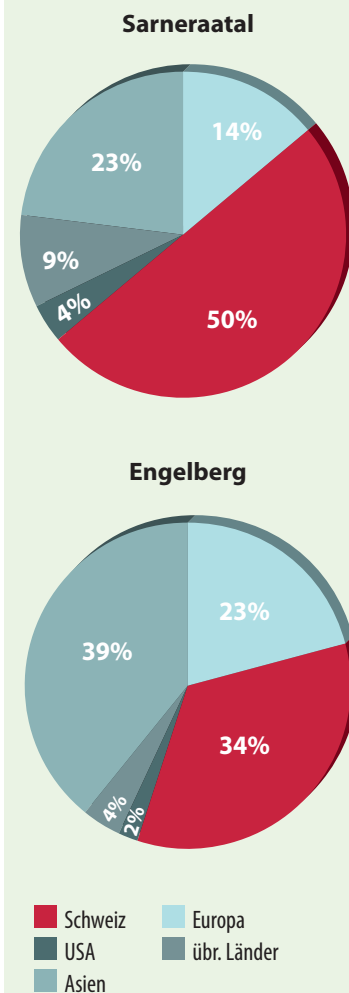
reitet und die Arbeitsplätze im Kanton erhalten bleiben. Davon profitiert nicht nur der Kanton Obwalden mit attraktiven Steuerzahlern, auch die ständige Wohnbevölkerung hat davon einen grossen Nutzen.

Freuen wir uns deshalb an unserem beliebten und schönen Kanton und entwickeln wir Lösungen, die den Tourismus und damit den ganzen Kanton nachhaltig fördern.

*Monika Rüeegger,
Kantonsrätin Engelberg*



Die Gästestruktur des Obwaldner Tourismus 2016



Ein starkes Team für Engelberg in den Kantonsrat

Karl Feierabend

30. Dezember 1961
verheiratet, 3 Stiefkinder

Beruf
Betriebsleiter Schotterwerk

Aus- & Weiterbildung
· Forstwart
· Eidg. FA Baumaschinenführer
· Eidg. FA Sprengmeister

Vereine / Verbände
Prüfungsexperte Sprengverband Schweiz

Hobbys
Wandern, Skifahren, Fotografieren,
Motorradfahren, Reisen



Politische Schwerpunkte:

- Raumplanung
- Hochbau / Tiefbau
- Gewässer- / Landschaftsschutz
- Forstwirtschaft
- Tourismus

Gerold Hurschler

7. Juli 1974
Familie, 2 Kinder

Beruf
Unternehmer, Landwirt

Aus- & Weiterbildung
Agromech

Politische Ämter
· Gemeinderat 2004 – 2015
· Vorstand SVP Engelberg

Vereine / Verbände
· Vorstand Bauernverband OW
· RütliSchützengesellschaft

Hobbys
Wandern, Skifahren, Biken



Politische Schwerpunkte:

- Landwirtschaft
- KMU
- Tourismus

Die SVP Obwalden schlägt Daniel Wyler als Regierungsrat vor

Der SVP-Fraktionschef, gelernter Jurist, verfügt über langjährige Führungserfahrung und profunde Kenntnisse des Gesundheits- und Bildungswesens. Er gilt als sehr sachbezogener Politiker und geniesst über die Parteigrenzen hinaus grosse Anerkennung. Wer ist dieser seit 16 Jahren in Engelberg wohnhafte Ostschweizer?

Herr Wyler: Sie kommen aus einer Unternehmerfamilie. Weshalb sind sie nicht einfach in die elterliche Unternehmung eingestiegen?

Meine Eltern verlangten von mir, dass ich die Wirtschaftsmatura absolviere. Das habe ich getan, doch in der Folge wollte ich selbständig sein, meine eigenen Spuren hinterlassen und mich nicht in das «gemachte familiäre Nest» setzen. Auch wenn das reizvoll gewesen wäre. So bin ich mit 20 Jahren von zuhause ausgezogen, um zu studieren. Da es in meiner Situation keine Stipendien und zinslose Darlehen gab, musste ich meinen Lebensunterhalt weitgehend selber verdienen. Das war eine harte Zeit.

Man sagt, sie seien ein «Macher». Weshalb?

Ich arbeitete bereits während der Primarschulzeit in der elterlichen Unternehmung mit und verdiente so mein Sackgeld. Denn Sackgeld ohne Gegenleistung gab es bei uns nicht. Das Anpacken hat mich schon früh geprägt. Während der Studienzeit lernte ich dann in verschiedenen Jobs, speziell jedoch im Akutspital, Probleme rasch zu analysieren, Lösungen zu evaluieren und gezielt umzusetzen.

Was ist denn ihr Motto?

Nicht jammern, sondern anpacken. Probleme sind da, um gelöst zu werden. Man soll sie nicht zerreden.

Kinder und Familie scheinen Ihnen viel zu bedeuten.

Allerdings. Ich habe viel Freude an meinen Kindern und widme ihnen so viel Zeit wie möglich. Überhaupt finde ich, dass Eltern ihre Kinder auf dem Weg in die Selbständigkeit idealerweise so eng wie möglich selber begleiten und erziehen sollen. Erziehung darf nicht auch noch Aufgabe des Staates werden. Dieser soll sich viel mehr um Bildung kümmern.



Sie leiteten während 15 Jahren ein Dienstleistungsunternehmen im Medizinbereich, sind nebenamtlicher Richter, präsidieren eine eidgenössische Prüfungskommission und sind als Fraktionschef der SVP tätig. Ist diese Belastung nicht zu gross?

Nein, im Gegenteil. Aufgrund meiner Ausbildungen und beruflichen Tätigkeiten interessiere ich mich für diverse Fach- und Sachgebiete. Dieses Zusammenspiel ist für mich herausfordernd und bereichernd zugleich. Ich schätze und geniesse das sehr.

Sie beraten Unternehmungen. Wo machen Sie am häufigsten Probleme aus?

Ganz klar bei den vielen administrativen Hürden, dem immensen Papierkrieg und den daraus entstehenden Mehrkosten. Oft fehlt der gesunde Menschenverstand. Deshalb braucht es Vorgesetzte mit klaren Vorstellungen:

Sie müssen pragmatisch führen, den Mitarbeitenden die nötigen Kompetenzen erteilen und Vertrauen schenken. Weiter stelle ich fest, dass mit intaktem Teamgeist und umsichtiger Arbeits- oder Projektkoordination oft schneller bessere Resultate erreicht werden könnten. Schliesslich der Faktor Zeit: es gibt fast überall zu viele unnötige Sitzungen und ineffiziente Besprechungen. Und kreative Freiräume bleiben leider auch oft ausser vor.

Was meinen Sie mit fehlenden kreativen Freiräumen?

Es gibt den Spruch «wir brauchen mehr Verrückte, denn seht Euch an, wohin uns die Normalen gebracht haben.» Ich vermisse bei vielen Diskussionen um Problemlösungen die kreativen Ansätze, das Beschreiten neuer Wege, die Suche nach dem Unmöglichen, den anderen Zugang. Vielfach wird kopiert und vorbehaltlos übernommen anstatt nach neuen und besseren Lösungen zu suchen. Denn nur so entstehen neue Ansätze, Chancen und Möglichkeiten. Und so ist der Mensch zum Fliegen gekommen (lacht).

Dann entspricht die Steuerstrategie des Kantons Obwalden Ihrer Überzeugung?

Absolut. Man hat damals angepackt statt zu jammern. Man liess sich durch Rückschläge nicht entmutigen. Gezwungenermassen mussten neue Wege eingeschlagen werden, auch mit der Abschaffung der Erbschafts- und Schenkungssteuern. Man ist einer schwierigen Zukunft mit Innovation und Tatkraft begegnet. Hervorragend.

Worauf muss in Obwalden zukünftig besonders geachtet werden?

Zu viel wertvolles Kulturland wird für Grossüberbauungen verbraucht. Mit mehrstöckigen Bauten und unterirdischen Parkhäusern könnte das vorhandene Land besser genutzt und das Bedürfnis nach Wohnraum gedeckt werden. Zudem muss die Netto-Zuwanderung in die Schweiz unbedingt gesenkt werden.

Was bereitet Ihnen schlaflose Nächte?

Wenn ich als Berater Entscheide fällen muss, welche in einer Unternehmung Arbeitsplätze kosten. Denn ich fühle mich den Mitarbeitenden und ihren Familien gegenüber genauso verantwortlich wie den Auftraggebern und Verwaltungsräten.

Letzte und entscheidende Frage: Warum sollten die Obwaldnerinnen und Obwaldner ausgerechnet Sie in den Regierungsrat wählen?

Ich verfüge über fundiertes Wissen, Berufserfahrung und Leistungsausweise in verschiedensten Bereichen. Mit meinen praktischen Kenntnissen im Sozial- und Privatversicherungswesen, den Ausbildungstätigkeiten auf diversen Stufen, Tätigkeiten an unterschiedlichen Gerichten und letztlich der gesetzgeberischen Arbeit im Kantonsrat bin ich überzeugt, das Anforderungsprofil an das Amt optimal zu erfüllen. Schliesslich ist es wichtig und richtig, die SVP Obwalden in die Führungsverantwortung einzubeziehen. Es sollen alle wichtigen politischen Strömungen vertreten sein. Ich arbeite gerne in überschaubaren Gremien, schätze den Austausch, das Argumentieren mit anderen und passe darum gut in ein Kollektivgremium wie den Regierungsrat.

5 Kurzfragen ausserhalb der Politik:

➔ Familie oder Fitness?

Familie ist Fitness, geistig wie körperlich.

➔ Bratwurst oder Filet?

Die St. Galler Olmabratwurst natürlich!

➔ Wein oder Bier?

Wein – Bier in Form von Panaché nach dem Sport.

➔ Krimi oder Sachbuch auf dem Nachttisch?

Krimi: Entweder ich schlafe ein oder lese die halbe Nacht.

➔ Sport oder Kultur in der Freizeit?

Am liebsten beides. Wenn nur eines, dann Kultur.



Rückblick auf SVP-Anlässe 2014 – 2017



Wald, Forst- und Holzwirtschaft in Obwalden

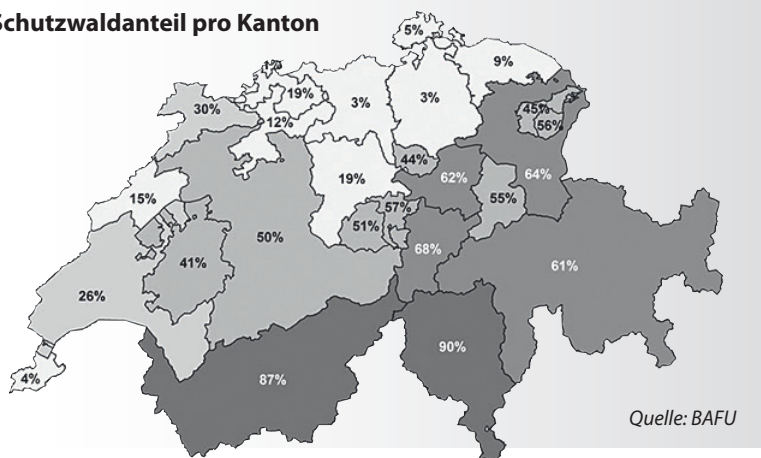
Seit Menschengedenken leben in Obwalden Menschen und Wald in einer Symbiose. Die Bewohner fanden im Wald Bau- und Heizmaterial, er bot Schutz vor Naturkatastrophen und war nützlich bei der Nahrungsmittelbeschaffung.

Die moderne Zeit

Der Wald genießt unverändert hohe Bedeutung bei der Bevölkerung. Heute nutzt die Industrie den Wald als Bau- und Energielieferant, dem Menschen dient er als Sportarena und Erholungsraum. Er sorgt für saubere Luft, er ist unser wichtigster Wasserspeicher und mit der Wald- und Forstwirtschaft wird das Holzbaugewerbe entwickelt. Obwaldner

Zimmereien und Holzbauer arbeiten schweizweit erfolgreich und sind ein wichtiger Pfeiler unserer Volkswirtschaft. Doch Globalisierung und freier Marktzugang führten zu hohem Preisdruck, womit öffentlichen und privaten Waldbesitzern die wirtschaftliche Grundlage entzogen wird. So ist die heutige Waldbewirtschaftung nicht mehr kostendeckend.

Schutzwaldanteil pro Kanton



Subventionen für Sägewerk im Ausland

In den europäischen Staaten werden Grosssägewerke jährlich mit hunderten Millionen Euro subventioniert. Dadurch wird der Wettbewerb massiv verzerrt. Ab 1990 führte die europaweite Überproduktion von Schnittholz zu einer «Holzschwemme». Der starke Franken verstärkte den Importüberschuss von Holz die letzten Jahre wesentlich.



Brauchen wir Subventionen?

Der Schweizer Staat unterstützt die einheimische Holzwirtschaft finanziell nicht. Die bevorzugte Verwendung von einheimischem Holz bei öffentlichen Bauten jedoch wäre wirtschaftlich förderlich und zu begrüßen. Leider wurde diesem Anliegen der SVP beim Spitalneubau Sarnen nicht Rechnung getragen. Der Bettentrakt aus einheimischem Holz wäre nicht nur standortfördernd für das Gewerbe gewesen, sondern auch nachweislich gesundheitsfördernd und architektonisch erst noch innovativ. Die SVP wird sich weiterhin für die Förderung und Produktion von Schweizer Holz einsetzen.

Zukunft Holz

Nur wer mit Schweizer Holz baut, unterstützt unsere Forst- und Waldwirtschaft nachhaltig. Der jährliche

Holzverbrauch der Schweiz liegt mitsamt Importholz bei 10,5 Mio m³. Eine irisch-amerikanische Studie besagt, dass bis 2025 ein weltweiter Umsatz von 207 Milliarden Franken mit innovativen Leimholzplatten (CLT) erwirtschaftet werden könnte.

Zwei Schweizer Holz-Produktionsfirmen gehören zu den weltweit ersten, die massive Grossformatplatten aus Schweizer Holz entwickeln. Eine wegweisende Erfolgsgeschichte für moderne Holzbauten und komplett aus Holz gefertigte Hochhäuser. Zukunftsorientiert und nachhaltig können ganze Städte aus Holz entstehen; unser Wald wird attraktiver. Der Lebenskreis Holz würde wieder an Bedeutung gewinnen. Der Kanton Obwalden würde profitieren: vom Wald bis zum Holzbauer.

Albert Sigrüst, Kantonsrat Giswil



Ein starkes Team für Giswil in den Kantonsrat

Albert Sigrüst

18. Februar 1958
verheiratet

Beruf

Verkaufsleiter Export
CH-Holzexporte für Schilliger Holz AG

Aus- & Weiterbildung

- Forstwart
- dipl. Betriebsökonom BVS

Politische Ämter

- Kantonsrat
- kant. Rechtspflegekommission RPK
- ehem. SVP Parteipräsident 1999 – 2016

Vereine / Verbände

- Les Routiers Obwalden
- HEV Obwalden
- Switzerland Global Enterprise

Hobbys

Lesen, Schweizer Geschichte, Reisen



bisher



Politische Schwerpunkte:

- Finanzen
- Wald-, Forst- und Holzwirtschaft

Barbara Mathis

10. Juni 1966
verheiratet, 2 Kinder

Beruf

Gastronomiefachfrau

Aus- & Weiterbildung

Gastronomiefachfrau

Vereine / Verbände

Frauengemeinschaft OW

Hobbys

mein Kerzenatelier, Möbel restaurieren, Kochen, Wandern



Politische Schwerpunkte:

- Gesundheitswesen
- Tourismus

Haben Sie das gewusst?

- Die Holzernte in der Schweiz belief sich 2015 auf rund 4.55 Mio. m³. Das sind rund 7% oder 360 000 m³ weniger als im Vorjahr.
- Jedes Jahr wachsen in der Schweiz 10 Mio. m³ Holz nach.
- Ohne den Wald zu übernutzen, könnten jährlich 7 bis 8 Mio. m³ Holz geerntet werden.
- Der jährliche Holzverbrauch der Schweiz liegt mitsamt Importholz bei 10,5 Mio. m³.
- Gut 45% des Waldes haben eine Schutzwirkung (z.B. vor Steinschlag oder Lawinen): Das sind ca. 6'000 km² Wald.
- Wald schützt etwa 130'000 Gebäude und mehrere Tausend Kilometer Verkehrswege.
- Der Wert der Schutzwirkung des Waldes liegt bei ca. CHF 4 Mrd./Jahr.
- Rund 40% des Trinkwassers stammen aus dem Wald.
- Etwa die Hälfte aller Grundwasserschutzzonen der Schweiz liegt im Wald.
- Die Filterwirkung erspart Wasseraufbereitungskosten (ca. CHF 80 Mio./Jahr).
- Der Wert der Erholungsleistung Wald wird auf CHF 2 bis 4 Mrd. geschätzt.
- Rund 5% der Schweizer Waldfläche sind Reservate.
- Im Schweizer Wald stehen ca. 535 Mio. Bäume, was pro Einwohner/in 66 Waldbäume ergibt.
- Die Nutzungsmenge liegt 7% unter dem Durchschnitt der letzten fünf Jahre.
- Die Inlandproduktion von Rohstoffen fällt 2015 um 5%.
- Der Anteil energetisch verwendeter Rohstoffe beträgt 58%. Knapp ein Viertel geht in die Papier- und Plattenindustrie und 13% in die Herstellung von Massivholzprodukten.



Quelle: BAFU – Jahrbuch Wald und Holz 2016

Wenn David gegen Goliath bei den Auen Laui und Steinibach in Giswil unterliegt

Der Bundesrat hat sich im September 2017 gegen das dringliche Anliegen einer Entlassung der beiden Auen Laui und Steinibach aus dem Aueninventar entschieden. Das Gesuch aus Obwalden wurde abgelehnt.

Der mühsame politische Kampf von Obwalden gegen ein von Bundesbern diktiertes Auenreglement ist also gescheitert. Bundesrecht kommt vor Kantonsrecht – hier obsiegt Goliath, David unterliegt – stures eidgenössisches Beamtenum zwingt lokalen Pragmatismus. Wissenschaftliche Umweltkriterien wie ökologische und geomorphologische Gründe wurden höher gewichtet als die Bedürfnisse der ortsansässigen Bevölkerung wie Sicher-

heit und Lebensqualität. Die SVP Giswil wird sich diesem Diktat aus Bern weiterhin widersetzen und zusammen mit der betroffenen Bevölkerung gegen diese zwangsverordnete Bürokratie kämpfen. Ein Auenreglement sollte die Interessen der Bevölkerung und der Natur wahren und nicht die Macht der Technokraten im fernen Bern zementieren.

Albert Sigrist, Kantonsrat Giswil



Ein starkes Team für Giswil in den Kantonsrat

René Ming-Gasser

21. Januar 1977
verheiratet, 2 Kinder

Beruf
• Hauswart
• Leiter Innendienst Gemeinde Giswil

Aus- & Weiterbildung
• EFZ Sanitärinstallateur
• Hauswart EFA

Weitere Tätigkeit
kantonaler freiwilliger Jagdaufseher

Vereine / Verbände
• Patentjägerverein OW
• Männerriege
• Wärmeverbund Kleinteil

Hobbys
Jagd, Fischen, Faustball, Wandern, Schiessen



Politische Schwerpunkte:

- **Umwelt**
- **Bildung**
- **Landwirtschaft**
- **gegen staatliche Verhinderungspolitik im Bauwesen**

Peter Abächerli-Burch

22. November 1974
verheiratet, 2 Kinder

Beruf
Landwirt

Aus- & Weiterbildung
• Betriebsleiter
• Meisterlandwirt

Weitere Tätigkeiten
• Feuerwehrkommandant
• Feuerwehrinstructor
• Korporationsrat Vizepräsident
• Kulturland-Präsident

Politische Ämter
Wasserbaukommission Giswil

Hobbys
Natur, Bäche



Politische Schwerpunkte:

- **Landwirtschaft**
- **Naturerfahren**
- **Sicherheit**

Auswirkungen verfehlter Flüchtlingspolitik auf die Sozialausgaben

Obwalden hat zwar die drittiefste Sozialhilfequote – nur 1,1 Prozent der ständigen Bevölkerung beziehen wirtschaftliche Hilfe. Doch durch die grosszügige Aufnahmepraxis des Bundes und dessen eklatanter Unfähigkeit, Wirtschaftsmigranten abzuschieben, entstehen auf Dauer auch in unserem Kanton immer mehr Lasten: Sozialhilfe, Gesundheitskosten, Ausgaben für Bildung, Psychologen, Justizkosten und für die KESB.

2016 lebten im Kanton Obwalden 415 Menschen in den Gemeinden von Sozialhilfe. Davon sind 177 ausländischer Staatsangehörigkeit. Ende 2017 lebten in Obwalden 157 anerkannte oder vorläufig aufgenommene Flüchtlinge oder Personen, die sich in der Obhut der Gemeinden (55) oder des Kantons (102) befinden. Für dem Kanton zugewiesene Personen bezahlt der Bund in den ersten fünf Jahren eine

Sozialhilfepauschale. Diese Pauschalen haben den Bund im Jahr 2009 gesamthaft über alle Kantone 600 Mio. Franken gekostet. Für 2018 sind sie mit 1,39 Milliarden Franken budgetiert. Nach fünf Jahren zieht sich der Bund finanziell zurück. Die Kosten fallen danach beim Kanton und in den Gemeinden an. Die Steuerzahler werden mit enormen finanziellen Verpflichtungen konfrontiert.

Unterdessen nimmt die Schweiz weitere Menschen auf, die aufgrund schlecht überprüfbarer Asyl-Gründe grösstenteils bleiben dürfen. So dreht sich die Spirale weiter und weiter...

Schlussendlich werden viele Leute aus dem Asyl-System irgendwann eingebürgert, wozu das zu einfache Einbürgerungsverfahren geradezu einlädt. Es besteht nämlich mittler-

weile praktisch ein Rechtsanspruch auf das Schweizer Bürgerrecht.

Wer als Flüchtling anerkannt ist, erhält die gleich hohen Sozialhilfeleistungen wie ein Inländer, der jahrzehntelang hier gearbeitet, Steuern bezahlt und für unseren Wohlfahrtsstaat mitgearbeitet hat.

Ein alleinstehender Flüchtling erhält monatliche Leistungen von mindestens 2'220 Franken, eine sechs-

Flüchtlinge erhalten pro Monat folgende Leistungen:

Bedarf	1 Pers.	1 Pers. + 1 Kind	2 Pers. 0 Kind	2 Pers. + 1 Kinder	2 Pers. + 2 Kinder	2 Pers. + 3 Kinder	2 Pers. + 4 Kinder
Grundbedarf	986	1509	1509	1834	2110	2386	2586
Miete (Sarnen)	800	1280	1280	1420	1700	1880	1900
KVG Erwachsene	394	394	788	788	788	788	788
AHV/IV	40	40	40	40	40	40	40
KVG Kind 1				84.15	84.15	84.15	84.15
KVG Kind 2					84.15	84.15	84.15
KVG Kind 3						84.15	84.15
KVG Kind 4							84.15
Monatl. Bezüge	2'220	3'223	3'617	4'166	4'806	5'346	5'651

Datenquelle: Sozialhilfestatistik Obwalden 2016

Haben Sie das gewusst?

- Die Anzahl anerkannter Flüchtlinge aus Eritrea belief sich in der Schweiz 2015 auf 4'426 Personen, in Österreich jedoch lediglich auf 56 Personen.
- Nur 10 % der Asylbewerber haben ihre Papiere zur Identifikation bei sich.
- Das Geburtsdatum jedes fünften Asylantragstellers ist fiktiv der 1. Januar, weil keine Papiere vorhanden sind.

- Über 40 % der Eritreer erhalten Asyl wegen Militärdienstverweigerung, trotz diesbezüglich ablehnendem Entscheid der Stimmbürger 2013.
- Bei 40 % der eritreischen Asylgesuche handelt es sich um Neugeborene.
- Nur jede vierte Rücküberstellung mit Dublin-Vertragspartnern klappt gemäss verbindlichem Abkommen.
- 2016 tauchte jeder zweite Asylantrag, bevor er vollständig erfasst wurde.

- In 10 Jahren sind über 150'000 Asylantragsteller mit einem fiktiven «Alias»-Namen erfasst worden. Obschon ihre Identität unbekannt ist, erhielten davon 60'000 ein Bleiberecht.
- Identitätstauschung von Asylbewerbern zieht keine strafrechtlichen Sanktionen nach sich.
- Nur bei 3,7 Prozent der angeblich Minderjährigen Asylbewerber steht die Identität fest. Nur schon die Grundbetreuung

kostet monatlich mindestens 5'000 Fr.

- Aufgenommene Flüchtlinge haben in den letzten sieben Jahren 83'258 Dokumente für Auslandsreisen, also inoffizielle Heimatferien, erhalten. Notabene vom Schweizer Staat.
- Bei Sexualdelikten ist innert einem Jahr eine Zunahme von 72 % von Beschuldigten im Asylprozess zu verzeichnen, während sie bei der angestammten Bevölkerung konstant geblieben ist.



Ein starkes Team für Sachseln in den Kantonsrat

Walter Küchler

12. Oktober 1950
verheiratet, 2 Kinder

Beruf
ehem. Gastronom

Aus- & Weiterbildung
• Bäcker / Konditor-Confiseur
• Koch, Gastronom

Politische Ämter
• Kantonsrat
• kant. Rechtspflegekommission RPK
• Gemeinderat Sachseln

Hobbys
Wandern, Skifahren, Motorradfahren



bisher



Politische Schwerpunkte

- **Tourismus**
- **Gesundheitspolitik**
- **Wasserbau**
- **Verkehr und Entsorgung**

Patrick Helfenstein

25. Januar 1971
verheiratet, 2 Kinder

Beruf
Niederlassungsleiter einer Privatbank

Aus- & Weiterbildung
• eidg. dipl. Bankfachmann
• eidg. dipl. Finanzplanungsexperte

Politische Ämter
• Präsident Schützenverein
• Tourismusforum, Mitglied
• Chaîne des Rôtisseurs, Mitglied

Hobbys
Velofahren, Schiessen, Wandern



Politische Schwerpunkte:

- **Finanzen**
- **Steuern**

köpfige Familie über 5'650 Franken. Zuzüglich werden Kosten für Krippen, Integration, Zahnarzt, Franchisen und Erstmöblierungen finanziert. Natürlich alles steuerfrei. Wer als Flüchtling anerkannt ist, darf zudem seine Familie aus dem Herkunftsland in die Schweiz nachziehen lassen. Lohnt es sich, bei diesen Rahmenbedingungen zu arbeiten, wenn die Sozialhilfe trotz Bildungsrückstand und kulturellen Differenzen den besseren Lebensstandard bietet, als

eine strenge Arbeit in einer Niedriglohnbranche? Mit der Schliessung des Bundeszentrums Glaubenberg werden künftig wieder mehr Flüchtlinge auf Obwalden und die Gemeinden verteilt. Die Kostenfolgen werden sich markant bei der Sozialhilfe, den Gesundheitskosten, den Prämienverbilligungen und bei den Bildungskosten bemerkbar machen. Die SVP kämpft für eine Asylpolitik, die ausschliesslich den wirklich Verfolgten Schutz gewährt. Wirtschafts-

migranten, die der Armut ihrer Länder entfliehen, haben keine Schutzbedürftigkeit. Den Menschen muss bei ihrer Ankunft klar erläutert werden, dass die Schweiz für sie nicht zur neuen Heimat wird, sondern lediglich ein sicherer Hort auf Zeit ist. Eine spätere Einbürgerung muss per Gesetz ausgeschlossen werden. Eine Ausnahme bildet die Heirat mit einer Person mit Schweizer Bürgerrecht. Anerkannte Flüchtlinge sollen in der Schweiz arbeiten können und müs-

sen. Jungen Leuten stehen Berufslehren offen. Sobald es jedoch die Zustände im Heimatland zulassen, müssen sie zurückkehren. Eine Heimkehr ist nicht erst dann zumutbar, wenn der Lebensstandard im Herkunftsland mit der Schweiz vergleichbar ist. Vielmehr geht es darum, dass Rückkehrer ihre erlernten Fähigkeiten zugunsten von Land und Volk beim Wiederaufbau einsetzen. *Monika Rüeegger, Kantonsrätin Engelberg*

Energiestrategie 2050 – wie weiter?

Die Energiestrategie 2050 hat das ehrgeizige Ziel, die Energieproduktion aus erneuerbaren Quellen wie Wind, Wasser oder der Sonne um das Vierfache auszubauen. Von heute 3'000 auf 11'400 Gigawatt-Stunden (GWh) bis ins Jahr 2035. Im Gegenzug erfolgt der Ausstieg aus der Atomenergie.

Die im Mai 2017 vom Stimmvolk beschlossene Energiewende kostet die Schweizerinnen und Schweizer sehr viel Geld, da verschiedene, ausserordentlich hohe Subventionen fliessen. Subventionen werden letztlich aus Steuergeldern finanziert, die wir als Private und Unternehmer wiederum mit höheren Stromkosten bezahlen. Damit Obwaldner Unternehmen überhaupt im Wettbewerb bestehen können, sind sie auf niedrige Produktionskosten angewiesen, wozu auch tragbare Energiekosten gehö-

ren. Kostet die Kilowattstunde ein paar Rappen mehr, steigen die Betriebskosten schnell markant an. Die Realität holt uns im Alltag ein, denn der Wettbewerb kennt keine Landesgrenzen. Der grosse technologische Umbruch zeigt sich anhand der Elektromobilität, was ebenfalls einen steigenden Stromverbrauch bedeutet. Die Energiestrategie 2050 sieht einen Rückgang des Stromkonsums bis 2035 von 13 Prozent und bis 2050 um 43 Prozent vor. Mit gezielter Beeinflussung der Bevölkerung, sollte der Ener-

giekonsum verringert werden. Den angestrebten Zielen stünden das Wachstum der Bevölkerung, die Zunahme von Einpersonenhaushalten und der Einsatz von immer mehr elektronischen Geräten im Weg. Da der fehlende Strom nicht mit erneuerbarer Energie gedeckt werden kann, werden wir wohl zunehmend abhängig von ausländischem (und dreckigem) Strom. Die übersaisonnale Stromspeicherung von unregelmässig anfallender Wind- und Solarenergie steckt leider momentan noch in den Kinderschuhen.

Die SVP befürwortet einen geordneten Übergang von endlichen und abfallintensiven Energieträgern auf erneuerbare und ungefährliche Technologien. Der Fahrplan darf aber nicht durch hysterisches und ideologisches Kahlschlagen der Energieproduktionssysteme bestimmt werden. Ein Umbau wird vielmehr durch den technologischen Fortschritt und erprobte neue Gesamtsysteme erfolgen.

Autoren-Team, SVP Obwalden

Haben Sie das gewusst?

Die Stimmbevölkerung des Kantons Obwalden hat die Energiestrategie 2050 im Mai 2017 abgelehnt.

Ein starkes Team für Sachseln in den Kantonsrat

Hanspeter Wallimann

27. September 1964
verheiratet, 2 Kinder

Beruf
Abteilungsleiter Fahrzeugbau

Aus- & Weiterbildung
· eidg. dipl. Landmaschinenmech.-Meister
· Technischer Kaufmann

Politische Ämter
· Präsident SVP Sachseln
· Hochbaukommission Sachseln

Vereine / Verbände
· Jodlerclub Arnigrat Sachseln
· Kassier Schützenverein
· Wassersportverein Sachseln
· Steinmandliklub Sachseln

Hobbys
Jodeln, Schiesssport, Wandern, Skifahren



Politische Schwerpunkte:
· **Wirtschaftspolitik**
· **Bau-, Raumentwicklung**

Gregor Rohrer

17. März 1972
verheiratet, 3 Kinder

Beruf
Verkaufsberater

Aus- & Weiterbildung
· Landwirt EFZ
· Handelsschule

Vereine / Verbände
· Skiclub Flüeli-Ranft
· Trinklerklub

Hobbys
Viehzucht, Schwingen, Sport allgemein



Politische Schwerpunkte:
· **Landwirtschaft**
· **Familienpolitik**

Freiheit durch Selbstbestimmung

Die SVP steht ein für Freiheit, Selbstbestimmung und den Föderalismus. Was aber heisst das?

Die Schweizer Geschichte ist geprägt vom Kampf für die Freiheit. Schon im Bundesbrief von 1291 ist nicht nur die Beistandspflicht, sondern auch der Ausschluss fremder Richter erwähnt. Die Verfassung haben wir Schweizer Bürger uns selber gegeben – mit der Bundesverfassung im Jahr 1848.

Die Freiheit ist ein Erbe früherer Generationen. Wir fühlen uns verpflichtet, sie unseren Kindern weiterzugeben. Freiheit beruht auf Selbstverantwortung und Selbstbestimmung. Für die Freiheit einzustehen und gegen supranationale Gebilde anzutreten kostet Kraft. Ermüdet vom Kampf für die Freiheit des Kleinstaates oder eingekullt vom süssen Duft der Versprechungen global orientierter europäischer Politiker nehmen immer

mehr eidgenössische Politiker in Kauf, unsere Freiheit preiszugeben.

Darum braucht es die SVP mehr denn je

Von den Kantonen nach Bern entsandte Politiker setzen im Parlament teilweise nicht um, was Volk und Stände beschlossen haben. Mit offensichtlichem Widerwillen werden ungeliebte Volksinitiativen mit scheinheiligen Argumenten hintertrieben, verschleppt oder gar nicht umge-

setzt. So geschehen am Beispiel der Ausschaffungs- oder der Masseneinwanderungsinitiative. Das Volk hat sich gegen eine unkontrollierte Zuwanderungspolitik ausgesprochen. Das wurde vom Parlament schändlich ignoriert. Ein Verfassungsbruch. Mit der Begrenzungsinitiative wird die Schweiz die Zuwanderung endgültig nach ihren eigenen Bedürfnissen steuern können und die Unabhängigkeit der Schweiz in ihren Entscheiden ein für alle Mal klar festschreiben. Auf allen politischen Ebenen werden wir mit grossem Engagement unverändert für eine Schweiz eintreten, die über sich selber bestimmt, eigene Gesetze erlässt und über diese von eigenen Richtern befinden lässt. Wir dürfen keinesfalls an ein Rahmenabkommen mit der EU gekettet werden, sonst bestimmt schon bald die Kommission im fernen Brüssel, was wir zu tun und zu lassen haben.

Monika Rüegger,
Kantonsrätin Engelberg

**Bundesverfassung
der Schweizerischen
Eidgenossenschaft**

**Im Namen Gottes
des Allmächtigen**

Art. 2 Zweck

¹ Die Schweizerische Eidgenossenschaft schützt die Freiheit und die Rechte des Volkes und wahrt die Unabhängigkeit und die Sicherheit des Landes.



Komitee gegen den
schleichenden EU-Beitritt

www.eu-no.ch

Freiwilligenarbeit stärkt Eigenverantwortung

Die SVP setzt sich dafür ein, die Eigenverantwortung der Bürger zu stärken. Der Staat muss nicht alles organisieren, vorschreiben und kontrollieren. In Obwalden leben viele engagierte Freiwillige diese Maxime: In Samaritervereinen, Sportclubs oder Musikgesellschaften erbringen Bürgerinnen und Bürger Leistungen zugunsten der Allgemeinheit (Förderung, Ausbildung, Integration, sozialer Zusammenhalt, Frondienst etc.). Damit das so bleibt, setzen wir uns konsequent für die Förderung der ehrenamtlichen Tätigkeiten im Kanton Obwalden ein.

Fördern heisst jedoch nicht immer, öffentliche Gelder fliessen zu lassen. Schliesslich geht es darum, dass dank der Freiwilligenarbeit das Staatsbudget entlastet und die Bevormundung der Bürger verhindert wird. Wir setzen uns dafür ein, dass Vereinen und Freiwilligen die nötige Wertschätzung entgegengebracht wird, statt sie durch Vorschriften und Regulative zu behindern. Konkret hat die SVP ein Postulat im Kantonsrat eingereicht, welches die Tätigkeit von Mitgliedern der Bergrettung, des koordinierten Sanitätsdienstes oder der First-Responder anerkennen wollte, indem diese Personen von der Feuerwehersatzabgabe befreit worden wären. Die anderen Parteien im Parlament

stellten sich allerdings gegen diese Idee und lehnten das Postulat ab. Ich weiss aus meiner Vereinstätigkeit, dass die Bevölkerung und unsere KMU grosse Bereitschaft zeigen, Vereine finanziell zu unterstützen. In dem wir den Mittelstand und KMU von Steuern und Abgaben entlasten, sorgen wir dafür, dass sie mit freiwilligen Spenden jene Organisationen und Anliegen unterstützen, welche sie für sinnvoll und wichtig erachten. Die einfachste Variante, das Geld der Bürger am richtigen Ort einzusetzen. Wir wollen deshalb auch in Zukunft die Freiwilligenarbeit in Eigenverantwortung fördern.

Severin Wallimann, Alpnach

Massive Zuwanderung stoppen!



Jetzt Begrenzungs-Initiative unterschreiben.

Begrenzungs-Initiative

Die Zuwanderung in die Schweiz ist mit 60'000 bis 80'000 Personen netto pro Jahr zu hoch. Die Personenfreizügigkeit funktioniert nicht. Die Souveränität in der Zuwanderungspolitik soll wiederhergestellt werden. Die Schweiz muss die Zuwanderung ihren Bedürfnissen entsprechend selber steuern und alleine entscheiden können.

Arbeitslose ausländische Fachkräfte sind schwer vermittelbar

Viele Arbeitgeber holen sich während der Hochkonjunktur billige Arbeitskräfte aus dem Ausland. Bei schlechter Auftragslage oder durch Kosteneinsparungen mit Neubesetzungen werden bisherige Angestellte entlassen. Bei deren Arbeitslosigkeit muss der Steuerzahler die Kosten übernehmen, auch nach nur kurzer Arbeitseinstellung. Greifen müsste jedoch das Verursacherprinzip: Arbeitgeber sollten für ihre ausländischen Arbeitskräfte während mehreren Jahren solidarisch haften, wenn sie deren Stelle kündigen.

Es mehren sich die Fälle, bei denen ausländische Fachkräfte nach zwei Jahren arbeitslos werden. Einige kündigen ihre Anstellung selber, anderen wird gekündigt. Wieder andere werden arbeitsunfähig und gelangen an unsere Sozialwerke. Weil diese Menschen unsere Landessprache oft nicht beherrschen oder beruflich keine Alternativen finden, gelten sie als nicht wiedervermittelbar. Oft erhalten diese ausländischen Arbeitskräfte eine von den Steuerzahlern finanzierte Weiterbildung. Dies auf Kosten der Schweizer

Arbeitslosen, welche die Landessprache sprechen und dadurch besser vermittelbar wären. Daraus folgt, dass der Schweizer Arbeitslose eine mindere Arbeit mit tieferem Gehalt annehmen muss. Die ausländischen Fachkräfte hingegen werden zum Beispiel als Pfleger, Masseur, Chauffeure oder Logistiker ausgebildet und erhalten dadurch eine bessere Stelle als vorher. Damit das RAV, die IV und die SUVA in der Statistik gute Zahlen vorweisen können, wird diese Ungerechtigkeit in Kauf genommen. Schweizer aber

sollten das gleiche Recht auf Ausbildung und Umschulung erhalten und nicht benachteiligt werden. Die inländischen Fachleute zahlen nach ihrer Lehrausbildung ein Leben lang in unsere Sozialwerke ein. Dies im Gegensatz zu den ausländischen Arbeitskräften, die oft nur wenige Jahre Beiträge geleistet haben.

Schweizer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dürfen gegenüber

ausländischen Arbeitnehmern nicht benachteiligt werden, indem ausländische Fachkräfte zusätzliche Ausbildungen auf Kosten der Steuerzahler geniessen, während diese den Einheimischen schwieriger oder teurer zugänglich sind.

Die Konkurrenzfähigkeit unserer einheimischen Fachkräfte gegenüber den ausländischen Arbeitskräften muss deutlich verbessert werden. Das wäre nichts als fair und angebracht.

Autoren-Team, SVP Obwalden



Kohäsionsmilliarde an die EU: Wofür?

2006 hat das Parlament auf Antrag des Bundesrates beschlossen, während zehn Jahren 100 Millionen Franken pro Jahr in Projekte der neuen EU-Staaten einzuzahlen.

Genannt wurde dies offiziell Erweiterungsbeitrag, bei uns bekannt als «Kohäsionsmilliarde». Damit sollte sich die Schweiz am «Abbau der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten EU» beteiligen. Empfänger dieser Gelder waren Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Slowenien, Bulgarien, Rumänien, Kroatien, die baltischen Staaten Estland, Lettland, Litauen sowie die Inselrepubliken Malta und Zypern.

Zehn Jahre sind vorbei. Und schon wieder steht die EU vor der Türe. Sie verlangt von der Schweiz, dass sie erneut bezahlt. Diesmal gar 1.3 Milliarden Franken. Warum sollten wir bezahlen, wenn sich die EU bzw. EU-Mitgliedsstaaten ihrerseits nicht an Abmachungen halten? Haben Sie gewusst, dass die Mehrheit der EU-Staaten die Schuldenbremse nicht einhält, zu der sie sich vertraglich verpflichtet hat? Oder dass es innerhalb der EU bzw. des EWR weiterhin

Staaten gibt (Malta und Fürstentum Liechtenstein), die höchst attraktive Steuerkonditionen gewähren, obwohl man selbiges der Schweiz verbieten will? Sind das gleich lange Spiesse?

Die Schweiz hat für den alpenquerenden Güterverkehr für 23 Milliarden Franken die NEAT gebaut. Für weitere 2 Milliarden soll ein zweiter Strassentunnel durch den Gotthard entstehen und für das grösste Kernforschungszentrum der Welt, das CERN in Genf, bezahlt die Schweiz jährlich über 40 Millionen Franken Betriebskosten. Was bekommen wir von der EU als Gegenleistung?

Langsam aber sicher sollte die Schweiz Diplomatie ihre Strategie ändern: Bevor wir uns weiter von neuen Forderungen jagen und erpressen lassen, darf man den Beamten in Brüssel ruhig einmal vor Augen führen, wie vielseitig die EU von der Schweiz profitiert. Und bevor wir erneut Zugeständnisse in Milliardenhöhe abgeben, muss die EU zuerst verbindlich festlegen, was wir für unseren Beitrag eigentlich erhalten. Denn auch hier gilt: Zuerst die Ware, dann die Bezahlung.

Autoren-Team, SVP Obwalden

Sozialhilfeempfänger bei Billigkassen versichern?

Um Steuergelder und Ausgaben zu sparen, verlangen einige Kantone, dass Sozialhilfeempfänger nur noch die preisgünstigste Krankenversicherung erhalten sollen. Dies hat die Zeitung NZZ zur Frage bewegt, ob man so etwas denn überhaupt verlangen könne.

Zunächst muss daran erinnert werden, dass alle Krankenversicherungen in der Grundversicherung dieselben Leistungen erbringen müssen – es gibt diesbezüglich also keinen Grund, eine Versicherung mit hohen Prämien zu wählen. Zahlungen an Sozialhilfebezüger wer-

den aus Steuererträgen finanziert und es muss auf einen sorgsamem Umgang mit den vorhandenen Mitteln geachtet werden.

Jedes Recht bringt immer auch Verpflichtungen mit sich. Wer Leistungen der Sozialhilfe bezieht ist deshalb verpflichtet, diese Ausgaben in

einem akzeptablen Rahmen zu halten. Das soll gerade auch durch die Wahl einer günstigen Versicherung erfolgen.

Autoren-Team, SVP Obwalden



Daniel Wyler

in die Regierung



www.daniel-wyler.ch



Jetzt Mitglied der SVP Obwalden werden!

SVP – wer sonst?

- Ich werde Mitglied der SVP Obwalden
- Ich werde Mitglied der Jungen SVP Obwalden
- Ich unterstütze die SVP in ihrem Ziel,
für die Schweiz einzustehen, und überweise Fr.
Obwaldner Kantonalbank
IBAN: CH85 0078 0013 0536 6110 7
- Bitte senden Sie mir einen Einzahlungsschein

Jede finanzielle Unterstützung ist uns herzlich willkommen

Bitte zurücksenden an:
SVP Kanton Obwalden • Postfach 1512 • 6060 Sarnen

Absender:

Name / Vorname

Strasse

PLZ / Ort

Geb.-Dat.

Telefon

Natel

E-Mail

Datum / Unterschrift

www.svp-ow.ch

